

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

### Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)  
 Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

### Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

### Randbemerkungen zur Bochumer Neuwahl.

Schon früher ist von uns auf die Revolutionirung der Betriebsweise im rheinisch-westfälischen Grubenbezirk aufmerksam gemacht worden. Die Entwicklung zur Großproduktion ist eine ausgesprochene. Einige Thatsachen mögen dies erläutern. Nach sachmännischer Berechnung beschäftigten von den 173 Zechen des Oberbergamts Dortmund im Jahre 1888:

1-20 Arbeiter	17 Zechen
21-100 „	16 „
101-300 „	17 „
301-500 „	38 „
501-700 „	31 „
701-900 „	19 „
901-1100 „	9 „
1101-1700 „	21 „
1801-2000 „	6 „
2301-2400 „	1 „
2701-2800 „	1 „

Schon im Jahre 1887 lieferten die 25 größten Unternehmungen die Hälfte des gesammten Absatzes, die 88 kleineren bloß 49 pCt. Die durchschnittliche Leistung eines Arbeiters betrug dort 304, hier 248 Tonnen im Jahr; ein Arbeiter der Aktiengesellschaften förderte 1886 im Durchschnitt 300, ein Arbeiter der weitaus kleineren Gewerkschaften bloß bis zu 240 Tonnen.

Die ungeheuren Ersparnisse des Großbetriebs und die dadurch sich steigenden Gewinne springen recht deutlich ins Auge, wenn man einige der technischen Verbesserungen, welche die Betriebe der großkapitalistischen Kohlentavaliere eingeführt haben, betrachtet. Die in jüngster Zeit eingeführte Stanley'sche Strecken-Bohrmaschine macht neben erheblicher Zeit- und Geldersparnis sechs Siebentel der bisher geforderten Arbeitskräfte überflüssig.

Die gehauene Kohle unter Tage bis zum Schachte zu schleppen fiel, sagt Oldenberg, noch Ende der 50er Jahre fast ausschließlich menschlicher Arbeitskraft zu. Dagegen waren 1882 nicht viel weniger als 2200 unterirdische Pferde in Thätigkeit, die mehr als 15 000 Förderleute außer Brot warfen!

Die Pferdekraft der über und unter Tage verwendeten Dampfmaschinen nahmen zu 1858-1874-1887 von 25 auf 100 und 190 Tausend, also im Verhältnis von 1:4:7 1/2, die Produktionsmenge von 1:4:7 1/2, dagegen die Arbeiterzahl nur wie 1:2 1/2:3. Die Jahresleistung eines durchschnittlichen Arbeiters betrug 1858: 116, 1886: 285 Tonnen. Die Leistung des eigentlichen Bauers stieg in den sächsisch-fiskalischen Steinkohlen-

gruben 1869-1885 von 10 auf 22 Hektoliter pro Schicht; im Ruhrrevier, aus dem besondere Angaben nicht vorliegen, wird die Steigerung sicher keine geringe gewesen sein. Es ist bemerkenswerth, daß von der angeführten Mehrleistung des westfälischen Arbeiters (285:116) den Jahren 1876-1880, d. h. den Jahren des Preisfalls, mehr als ein Drittel (285:218) angehört. Mit der Mehrleistung erreicht auch der Preisfall seine Grenze.

Alles, was die Intensität der Ausbeutung begünstigt, wird freudig von den Gruben eingeführt. Die Förderung im Schachte, also in senkrechter Richtung, besorgen statt der vor einem Vierteljahrhundert üblich gewesenem ein- und zweifachen Dampfmaschinen überwiegend liegende Zwillingsmaschinen. Die Einführung elektrischer Signale erleichtert die Korrespondenz zwischen dem Anschläger unter Tage und dem Hängewerk. Die Wasserhaltung erhielt einen von Grund aus umgestalteten Maschinenbetrieb, hauptsächlich durch die Einführung unterirdischer direkt wirkender Maschinen. Etwa seit 1873 nimmt man auch die Taucherkunst zu Hilfe, um auch beim Auftreten größerer Wassermengen die verschiedenartigsten Arbeiten ausführen zu lassen; die in den 60 er Jahren reorganisirte Berg-Gewerkschaftskasse hat neben verwandten Leistungen besonders durch Beschaffung von Taucherapparaten, Anstellung eines Tauchermasters „sich verdient gemacht“ um — den Verdienst der Aktionäre und Gewerke.

Um so langsamer und widerwilliger sind diese Freunde der Technik, wenn es sich um die Einführung der bescheidensten Schutzmaßregeln handelt. Die Wetterführung (Ventilation) ist von größter Wichtigkeit für die Grubenleute. Je tiefer die Schächte dringen, je mehr die Teufe fortschreitet, um so höher die Temperaturgrade, um so größer die Gefahr schlagen der Wetter. Es ist nur charakteristisch für die Funkengarde im Ruhrbezirk, daß die pro Kopf in der Minute zugeführte Luft 1858-1882 nur von 2,00 auf 2,15 Kubikmeter erhöht wurde. „Erst 1887“, sagt der treue Schüler des unternehmerfreundlichen Schmoller, Herr Oldenberg, „wurde vom Oberbergamt mit einer sanitätspolizeilichen Vorchrift eingegriffen, die den lebhaftesten Widerstand zu überwinden hatte.“ Das edle Herz der Grubenjunker, entflammt für den Profit, schlägt, wie man sieht, gar warm für das Wohlergehen der Bergleute.

Am 16. Mai 1889 sagte der Kaiser zu der von Hammacher geführten vor ihm erschienenen Direktoren-Deputation u. a.: „Ich möchte Sie bitten, dafür Sorge

\*) Studium über die rheinisch-westfälische Bergarbeiter-Bewegung in Schmoller's Jahrbuch für Gesetzgebung, 19. Jahrgang 1890, S. 287.

zu tragen, daß den Arbeitern Gelegenheit gegeben werde, ihre Wünsche zu formuliren und sich vor allen Dingen immer vor Augen zu halten, daß diejenigen Gesellschaften, welche einen großen Theil meiner Untertanen beschäftigen, und bei sich arbeiten lassen, auch die Pflicht dem Staat und den betheiligten Gemeinden gegenüber haben, für das Wohl ihrer Arbeiter nach besten Kräften zu sorgen und vor allen Dingen dem vorzubeugen, daß die Bevölkerung einer ganzen Provinz wiederum in solche Schwierigkeiten verwickelt werde. Es ist ja menschlich und natürlich, daß jedermann versucht, sich einen möglichst günstigen Lebensunterhalt zu erwerben. Die Arbeiter lesen die Zeitung und wissen, wie das Verhältniß des Lohnes zu dem Gewinne der Gesellschaft steht. Daß sie mehr oder weniger daran theilhaben wollen, ist erklärlich. Deshalb möchte ich bitten, daß die Herren mit dem größten Ernst die Sachlage jedesmal präzis und womöglich für fernere Zeiten dergleichen Dinge vorzubeugen suchen.“

Das war, wie Oldenberg richtig sagt, eine Straflektion. Wie sie gewirkt hat, zeigen die Vorgänge nach dem Streik, die Kette von Maßregelungen, die Wiederaufnahme der alten Bedrückungs- und Knebelungsmethode, sobald der erste Sturm sich gelegt hatte, das Schinden und Schaben, das Abzwacken am Lohn, die zahlreichen Plackereien, unter denen die Bergleute heute wie zuvor zu leiden haben. Das zeigt auch die zielbewusste Gehjagd gegen Herrn Hinzpeter, in welchem die „Rhein.-Westf. Zig.“ und ihre Hintermänner den Vertrauensmann und Berater Wilhelm II. auf das Gifftigste und Niedrigste angreifen.

Zur Neuwahl den Genossen, die den schweren Kampf zu bestehen haben, ein Glück! In absehbarer Zeit muß dieser großgewerbliche Wahlkreis unser sein.

### Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Hamburg, 17. Dezember. Die Situation der Zigarrenarbeiter und Zigarrenfactoren steht heute noch auf demselben Punkte, wie zu Beginn der Ausföhrung. Die Fabrikanten machen keine Miene zur Versöhnung und die Arbeiter harren aus in ihren Vereinigungen, bis jetzt ausreichend unterstützt von der Arbeiterschaft Deutschlands. Wie aber bei früheren Differenzen zwischen Gruppen von Unternehmern und Arbeitern, stellt sich auch dieses Mal wieder die bürgerliche Presse, und zwar in erster Reihe eine gewisse Sorte „freisinniger“ Blätter, direkt parteiisch auf die Seite der Tabakfabrikanten. So das hiesige „Freundenblatt“, dessen Redaktion dem letzten Antwortschreiben der Tabakarbeiter-Lohnkommission an die Fabrikanten die Aufnahme verweigerte, wahrscheinlich, weil Letztere mit Anstand darauf nichts zu erwidern wußten; ähnlich ist die Haltung des „Berliner Tageblatt“, welches

rief Lienhart, „auf daß ich selbigem das Geleit gebe nach seiner Behausung!“

Die Menge theilte sich und Agnes schickte sich an, die Kirche zu verlassen, verfolgt von zornigen und bewundernden Blicken, da vertrat ihr eine hohe Gestalt den Weg. Es war ihr Vater.

Sein verzerrtes Antlitz that kund, was ihn bewegte.

„Die Behausung derer von Badell wird sie nicht betreten“, rief er mit vibrierender Stimme. „Anton von Badell hat keine Tochter mehr!“

Eine Bewegung ging durch die Menge. Es trat Stefan von Menzinger hervor, der auf den Lärm in die Kirche gekommen war. Stolz stand der Führer der Bürger, die es mit dem neuen Evangelium hielten, vor dem städtischen Rathsherrn. Aber seine Stimme klang mehr bittend denn befehlend.

„Schonet der Jungfrau“, sprach der Menzinger, „bedenket, daß solch' ein Paar nicht mag zusammenpassen für's Leben!“

„Was kümmert's Euch?“ rief Anton von Badell in seinem Zorn. „Ihr möget in Eurem Bürgerausschuße zu oberst sitzen; hier habt Ihr nichts zu befehlen.“

„Ich will auch nur ein gut und bittlich Wort einlegen“, sagte Menzinger begütigend.

„Der Teufel hat Euch das gerathen; ich sag' Euch, daß Ihr ein schlechter Fürsprecher seid.“

„Wessenthalben?“

„Ihr seid der Verföhrer des Volks“, schrie der Rathsherr, „und der Ursacher an all der Widerspännigkeit und dem Aufruhr in der Stadt. Ohn' Euch hätte sich die Dinn nicht den Troß in den Kopf gesetzt!“

### Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

(16)

### Rothenburger Tage.

Roman aus der Zeit des großen Bauernkrieges von 1525.  
 Von Wilhelm Bloß.

Das Wort traf ihn tödtlich, allein, was er darauf sagte, war nicht zu verstehen, ob des Tumults, der sich in der Kirche erhob. Jörg Spelt lehnte leichenbläß an einer Säule, aber seine Sippe, seine Freunde und Andere, die denen von Badell ob ihres Reichthums und ihres Stolzes nicht gewogen waren, machten einen großen Lärm. Mehrere drängten sich drohend an Agnes heran.

„Das ist ein Schimpf“, rief eine drohende Stimme. „Das kann nur mit Blut abgewaschen werden.“ schrie ein Anderer.

„Man sollte einen Spieß in sie stechen“, schrie der alte Trüb, eine wüste Kriegsgurgel.

„Und durch Dich wird man einen Büchsenkloß jagen“, antwortete Grumbach, in dessen Faust man schon den blanken Degen blitzen sah.

Aber der Lärm legte sich, denn nun erschien die gewaltige Figur Lienhart's, des Bauernhauptmanns, zwischen den Streitenden. Der Hauptpfarrer hatte umsonst zur Ruhe des Gotteshaus ermahnt; als das martialische Antlitz Lienhart's austauchte, wichen die Andringenden zurück, von denen schon ein großer Theil die blanken Klinge in der Hand hielt.

„Ruh' und Fried' allhier und die Flederwische ein-

gesteckt!“ scholl die gebietende Stimme Lienhart's und die erzürnten Patrizien wichen scheu zurück vor dem gefürchteten Befehlshaber der Bauern aus der Rothenburger Landwehr. Nur der Junker von Flägelau, ein gar hihiges Herrlein, wollte nicht nachlassen.

„Ihr habt hier nicht zu befehlen“, rief er zornig dem Bauernhauptmann zu.

„Junkerlein“, antwortete Lienhart, um den sich seine bewaffneten Freunde geschaart hatten, „mit großer Ruhe, habt Acht, ich pflege mit den feinen Stadthändlein nicht zu spaßen.“

„Ihr seid ein grober Bauer; was geht Euch die Geirath an?“ schrie Flägelau außer sich. Seine Freunde zitterten für ihn, aber Lienhart blieb ruhig.

„Dieb Junkerlein“, sprach er, „die Geirath war verkehrt, und was verkehrt ist, das ist vom Uebel. Solches will ich Euch erweisen.“

Damit griff er den Junker und stellte den in seiner eisernen Faust Zappelnden leicht wie eine Feder auf den Kopf.

„Schaut“, sprach Lienhart, „solches ist verkehrt und also wär's verkehrt gewesen, hätt' ein hochgemuth Fräulein einen schänden Springinsfeld und unreifen Vuben gebeirathet. Und so, wie es dem Fräulein wohl geschieht, daß sie unverbunden vom Altar gehet, also wird es auch Euch gut thun, wenn ich Euch wieder auf die Füße stelle. Und nun gehabt Euch wohl!“

Die Situation ward komisch, die Anwesenden brachen in lautes Gelächter aus, der Junker von Flägelau aber verschwand, mit zornrothem Antlitz.

„Gebt Raum für das tugendhafte Fräulein von Badell“,



sich in seiner Montagnummer aus Hamburger Fabrikantenkreisen schreiben läßt:

Die durch die sozialdemokratischen Führer ausgehobenen Arbeiter werden sich zum Jahresabschluss am hiesigen Plage genau dieselbe empfindliche Niederlage zuziehen, wie im Frühjahr. Damals sind bekanntlich in Hamburg die Folgen der Feiern des 1. Mai so erbittert durchkämpft worden, wie an keinem anderen Orte Deutschlands. Der Uebermuth der Arbeiter, welche den hiesigen Industriellen damals die härtesten Bedingungen für die Wiederaufnahme der konstantmäßig niedergelegten Arbeit auferlegen wollten, ist gebrochen worden durch das unerwartet feste Zusammenhalten aller bedrohten Arbeitgeber. Ganz ebenso wie damals dem mächtigen Verbands der Maurer und ihrer Verbündeten wird es jetzt den Zigarrenarbeitern und -Sortirern gehen, welchen bei einem Lohne von 20 bis 25 M. wöchentlich offenbar zu wohl gewesen ist; sie haben bekanntlich ihre Arbeitgeber kategorisch aufgefordert, alle nicht zu ihrem Verein gehörenden Kollegen zu entlassen. Die Antwort war die Entlassung sämtlicher Arbeiter und die Sperrung der Fabriken.

Der Inhalt dieser Entlassung ist eine böshafte Entstellung der Thatfachen. Daß weder am 1. Mai d. J. noch jetzt die Arbeiter von sozialdemokratischen Führern aufgehetzt worden sind, sollte jeder Journalist wissen, wenn er überhaupt wissen will, und dessen Geschäft nicht darin besteht, fortwährend tendenziöse Lügen über die Arbeiterbewegung in die Welt hinauszupumpfen.

Eine große Lüge ist ferner die Angabe, daß der Durchschnittslohn der Zigarrenarbeiter 20—24 M. pro Woche betrage. Der Durchschnittslohn wird höchstens 15—17 M. per Woche betragen. Wie viel Stunden nötig sind, um diesen Lohn zu verdienen, davon schweigen die Goldschreiber des Kapitals wohlweislich.

Eine fernere Lüge ist, daß die Differenzen zwischen Arbeitern und Fabrikanten dadurch entstanden sind, daß die Arbeiter die Entlassung solcher Kollegen gefordert hätten, welche ihrem Verein nicht angehören. Das Vorgehen der Fabrikanten erscheint vielmehr als ein wohl berechnetes und die Verhängung der Sperre über die Firma Müller u. Durchhardt, welche ihren Arbeitern zuerst eine Erhöhung der Arbeitspreise von 15 pCt. zugesagt hatte, dann aber unter leeren Versprechungen ihre Forderung wieder zurückzog, scheint nur ein willkommener Vorwand gewesen zu sein, sämtliche Arbeiter auszusperren, welche dem Tabakarbeiter-Verein und dem Freundeschaftsklub der Zigarrensortierer angehören.

Die Forderung einer 15prozentigen Zulage mag Uneingeweihten hoch erscheinen, ist es aber im Grunde durchaus nicht. Die Lage der Tabakarbeiter hat sich durch willkürliche Lohnveringerungen seitens der hiesigen Fabrikanten, seit Anfang der 70er Jahre schon, so verschlechtert, daß selbst mit einem Zuschlag von 15 pCt. der Arbeitslohn bei den meisten Sorten Zigarren per Tausend noch bis zu 3 Mark hinter dem Betrage zurückbleibt, der vor mehreren Jahren dafür gezahlt wurde. Früher wurde hier am Plage der Preis für Anfertigung der Zigarren in „Kourantmark“ berechnet; mit Einführung der Reichswährung wurde jedoch einfach von den Fabrikanten ebenso viel „Reichsmark“ wie früher „Kourantmark“ pro Tausend gezahlt, also 20 Pf. per Mark weniger. Dazu kamen später während der Krisis weitere Absätze und bald darauf die Erhöhung der Preise für die Lebenshaltung durch die Hineinziehung Hamburg-Altona's in das deutsche Zollgebiet.

Unter all' diese pekuniären Bedrückungen, welche den armen Arbeitern im Laufe der Jahre auferlegt wurden, will nun der Fabrikantenverein gewaltsam sein Siegel setzen und die Arbeiter durch Sperrung ihrer Organisation zwingen, alles das anzuerkennen.

Mit dem Uebermuth und der Begehrlichkeit der Arbeiter soll ein für alle Mal aufgeräumt werden!

Der oben erwähnte Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ schließt wie folgt:

„Zu bedauern sind nur die armen Familien der Zigarrenarbeiter, welche durch den an den Tag gelegten Uebermuth (der Arbeiter!), zumal bei den kärglich bemessenen Unterhaltungen von auswärts, kurz vor dem Weihnachtstfeste der Noth preisgegeben werden!“

Welche Heuchelei und welche absichtliche Verdrehung der Thatfachen steckt in diesen Worten. Die Fabrikanten haben mit kalkulierter Ueberlegung fast die Zeit kurz vor dem Weihnachtstfeste, im strengsten Winter ausgewählt, um ihre Arbeiter schneller mürbe und ihrem Willen gefügig zu machen und die Bourgeoispreffe vergießt Krokodilstränen über die Noth der Arbeiterfamilien, herbeigeführt durch den Uebermuth der Familienväter!

Vor Neujahr ist an eine Besiegung des Kampfes der Tabakarbeiter für ihre Organisationen nicht zu denken und die deutsche Arbeiterschaft wird für sie schon ihre Schuldigkeit thun. In hiesigen Arbeiterkreisen wird bereits eine Weihnachtsgescheuer für die Kinder der Ausgesperrten vorbereitet. Ob die Fabrikanten im nächsten Jahre mildere Saiten aufspannen werden, bleibt abzuwarten. Bevor jedoch die deutsche Arbeiterschaft es

nicht durchseht, daß jeder Angriff auf ihre Organisationen unter Strafe gestellt wird, können wir uns noch auf viele solcher Kämpfe gefaßt machen.

**Bernau, 18. Dezember.** Die Noth unter den Webern ist hier sehr groß und nicht geringer als im Calengebirge. Viele Weber verdienen nicht sechs, ja nicht einmal fünf Mark in der Woche zu verdienen. In der letzten öffentlichen Versammlung, die wir hier hatten, theilte ein Anwesender mit, daß seine Frau in einer Woche bei angestrengtester Arbeit durch Strampfwirten 1 Mark 65 Pf. verdiente. Dieser Schilderung wurde von vielen Seiten zugestimmt, ebenso der Aufforderung, die falsche Scham abzustreifen und die Verdienste rückwärts und wahrheitsgemäß öffentlich mitzutheilen. In der erwähnten Versammlung bildete das Altersversicherungs-Gesetz den Gegenstand der Tagesordnung. Die Anwesenden urtheilten über dieses Gesetz ziemlich sympathisch; gerade die schlechtest gelohnten Arbeiter sind ja gewöhnlich entschlossen zufrieden und genügsam und möchten dem Reich für die kleinste Verbesserung ihrer Lage danken. Nur wußten sie nicht, wovon sie die Beiträge aufbringen sollen. Sollte dem Landtage eine Vorlage betreffs der Weber im Calengebirge zugehen, so müßte sie wahrlich auf uns mit Ausdehnung werden. Jedenfalls hätten die Berliner Blätter, die so viel aus dem Calengebirge berichten, nicht nötig, so weit zu schweifen. Wenige Minuten von Berlin sieht es ganz ebenso aus.

**Halle, 16. Dezember.** Sechs Mann fielen gestern Abend in der Druckeri des hiesigen sozialdemokratischen „Volkblatt für Halle und den Saalkreis“ die Geheimpolizei unter Führung des Kriminalkommissars Grosse, um die gestrige Nummer wegen des Leitartikels zu beschlagnahmen. Ueber den Verlauf dieses Vorhabens berichtet das Blatt selbst heute:

„Da die Abonnenten sämtlich befriedigt waren, wurden im Ganzen nur 110 Exemplare vorgefunden. Auf die Frage nach dem Manuscript verriet der Redakteur einfach auf die am Fuße des Artikels angegebene Quelle. Der Artikel ist einem Bruderorgan entlehnt worden, von der betreffenden Staatsanwaltschaft aber unbehandelt geblieben. Der Hinweis auf die Quelle genügt aber dem Herrn Kommissar nicht, er verlangte das Manuscript. Als wir entgegenkamen, daß wir doch nicht ohne Grund ein anderes Blatt als Quelle angeben würden, meinte der Kommissar, es würde so manches gemacht, was man nicht dürfe! — Im Seheresaale verursachte die Jerührung des Saales des betreffenden Artikels allgemeines Kopfschütteln. Da keiner von den Sehern mehr zu Stelle war, machte sich einer der Beamten trotz des Protestes des Druckereileiters daran, den Saal auseinander zu nehmen, was jedoch nicht gelang. Schließlich wurde der Saal, um zu vermeiden, daß, wie es geplant war, die ganze vierseitige Form mit nach dem Polizei-Amt geschafft wurde, von dem Druckereileiter zusammengeworfen, der technische Ausdruck lautet: zu Zwielfischen gemacht. Bemerkenswerth ist, daß hierbei der Herr Kommissar, als der Leiter der Druckerei auf die eventuellen Folgen und Schadenersatz aufmerksam machte, äußerte, daß, da derartige Fälle wahrscheinlich öfter vorkommen würden, man doch einmal einen Anfang machen müsse. — Nun, wir bezweifeln durchaus nicht, daß derartige Fälle noch öfter vorkommen werden, aber — giebt es denn nicht noch Richter in Deutschland?“

**Zimbach (Sachsen).** Einen unerwarteten Sieg hatten wir bei den hiesigen Stadtverordneten-Wahlen in unserem Zimbach zu verzeichnen. Da nur ein kleiner Theil der Arbeiter das Bürgerrecht erworben, theilhaftig wir uns nur deshalb an der Wahl, um zu sehen, wie viel wir ungefaßt noch Bürger brauchen, um zu siegen. Aber unsere ganze Liste erhielt nicht nur ansehnliche Minoritäten, sondern es wurden auch drei Genossen, Semmler, Preuß und Landgraf, sowie drei Ersatzmänner, die unserer Partei angehören, gewählt. Das schönste an der ganzen Sache war aber, daß bei den Unzufriedenen, sowie bei den Unzufriedenen die meisten Stimmen ein böser Kothler hatte, und zwar bei den Unzufriedenen Preuß, bei den Unzufriedenen Semmler. Das nächste Mal machen wir das Duzend voll.

**Düsseldorf, 15. Dez.** Die Strafkammer verhandelte heute in der Berufungssache des Redakteurs der Düsseldorf Arbeiter-Zeitung Gen. H. Grimpe aus Eberfeld und des Verlegers derselben, des Buchbinders Gen. Boh hier selbst, welche von dem hiesigen Schöffengericht wegen Beleidigung des zu Verath wohnenden Fabrikanten Hofmann je zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt worden waren. Die Beleidigung sollte enthalten sein in einem Artikel der Arbeiter-Zeitung, in welchem dem Hofmann vorgeworfen wurde, daß seine Arbeiter angehalten würden, in der von seiner Frau geführten Schenkewirtschaft Getränke zu entnehmen, daß solche auf Kredit geliefert, daß der Betrag von der Löhnung abgehalten würde und daß Derjenige der beste Mann sei, der recht viel verzehre. Weiter war auch behauptet worden, die Leute würden überhaupt zum Trinken verleitet. In der ersten Verhandlung mißglückte der verjuchte Wahrheitsbeweis, nicht so in der zweiten. Es wurde bewiesen, daß thatsächlich in dem allerdings kleinen Betriebe während der Arbeit der Schnapsflasche und dem Biertrage eifrig zugesprochen wurde, daß auch in

einzelnen Fällen die Schuld für Getränke einfach an der Lohnzahlung geknüpft wurde und dergleichen Unregelmäßigkeiten mehr. Die Strafkammer sah den Wahrheitsbeweis als erbracht an, ja auch in der Form des Zeitungsartikels keine Beleidigung anerkannt daher auf kostenlose Freisprechung.

Aus Sachsen-Meiningen theilt man uns unter dem 16. d. M. mit, daß von der Kugel herab den Bauern der Sozialismus allsonntäglich andeinandergesetzt wird. Daß dies in der objektiven Weise geschieht, versteht sich bei den frommen Herren von selbst. Daneben werden von Handwerksmeistern und Fabrikanten Traktätschen und uns bekämpfende Zeitungen an die Arbeiter eifrig vertheilt, auch die Bauern erhalten von den Pfarren Bektüre für den Winter, so z. B. die Zeitung „Gute Volksthat, christliches Blatt für Jedermann“, deren Nummer 77 einen sich durch besondere Dummheit auszeichnenden Artikel unter dem Titel „Fünf Minuten im sozialdemokratischen „Volkstaat“ der Zukunft“ enthält. Die armen Leute lesen all' das dumme Zeug und glauben es auch, da ihnen schon wegen ihrer tiefen Armut andere, wirklich aufklärende Literatur unzugänglich ist. Nicht nur die Erwachsenen, auch die Kinder werden im antisozialistischen Sinne bearbeitet. In letzter Linie nützt uns nur diese Agitation. Kreise, welche sich nie um die soziale Frage gekümmert haben, werden durch die rastlose Arbeit unserer Gegner auf uns aufmerksam gemacht und lernen wider ihren Willen so den Weg zu uns. Doch damit können wir uns nicht begnügen, ununterbrochen müssen wir agitieren. Als Material hierzu haben wir ganz billige, den Preis von 1 Pennig womöglich nicht übersteigende gemeinverständliche Schriften, die die Religionsfrage außer Spiel lassen, nötig. An Leuten, sie zu verbreiten, soll's nicht fehlen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Dezember.

Der Entwurf einer neuen Landgemeinde-Ordnung hat uns einen kleinen Konflikt gebracht. Die Konservativen bemühen sich in der Kommission, welche den betreffenden Gesetzentwurf durchuberathen hat, alle irgend werthvollen Bestimmungen aus demselben herauszubringen. Darauf hin gab nun Herr Herrfurth in der gestrigen Kommissions-sitzung — der letzten vor den Ferien — folgende Erklärung ab:

Die von der Kommission zu den §§ 2 und 120 des Entwurfs gefassten Beschlüsse machen das Gesetz wirksam, indem sie die Durchführung der im Staatsinteresse angestrebten Bildung von Zweckverbänden und die Vereinigung leistungsunfähiger Guts- und Gemeindegüter ins Belieben der Selbstverwaltungskörper, insbesondere des Kreis-Ausschusses, stellen und das Recht der Krone hinsichtlich der Aufhebung von Landgemeinden und der zwangsweisen Vereinigung von Trennstücken, wesentlich beschränken. Die Fassung, welche für § 120 beschlossen worden, sei höchst bedenklich, da die Mitwirkung der Staatsbehörde dabei ausgeschlossen sei. Dem Minister seien heute zwei konservative Zeitungen vorgelegt worden. Die „Kreuz-Ztg.“ nenne das Widerstreben der Staatsregierung gegen die auf Betreiben der konservativen Partei gefassten Beschlüsse einen „eiteln Doktrinarismus des Ministers“. Er verzichte auf eine Polemik mit diesem Blatte. Wenn die „Nordd. Allgem. Zeitung“ die Ansicht aufstelle, daß die Staatsregierung die Motive der gefassten Beschlüsse als berechtigt anerkennen werde, so müßte er dagegen protestieren und behalte sich vor, im „Reichs-Anzeiger“ den Standpunkt der königlichen Staatsregierung vor dem Landtag zu wahren. Lügen nicht Kommissions-Beschlüsse erster Lesung vor, sondern Beschlüsse des Hauses in dritter Lesung, so würde die Staatsregierung erklären, daß sie keinen Werth mehr lege auf die weitere Berathung des Gesetzentwurfes. Wenn nicht unter diesem Minister und mit diesem Hause — das Bedürfnis nach Erlass einer Landgemeinde-Ordnung bleibt und wird in jedem Falle befriedigt werden. Der Minister schloß mit den Worten: „Möge man noch so viel Geminnisse in den Weg legen, sie kommt doch!“

Die konservativen Abgeordneten von Buttkeamer (Plauth) und von Rauchhaupt legten zwar Verwahrung dagegen ein, daß die „Norddeutsche“ und die „Kreuz-Zeitung“ Organe der konservativen Partei seien, allein das will wenig besagen, da kein Mensch weiß, wer und was eigentlich die konservative Partei der Herren Buttkeamer und Rauchhaupt ist. Die Thatfache bleibt bestehen, daß die sich konservativ nennenden Mitglieder des Landtags entschlossen sind, die Regierungsvorlage nicht in der Form anzunehmen, in welcher allein sie nach den positiven Erklärungen des Herrn Herrfurth für die Regierung Werth hat.

Die Zeilkäufe hatten sie etwas entfremdet, denn Herr Ehrenfried war mit Leib und Seele bei der neuen Lehre.

„Wo seht's, mein Lieber?“ sagte Kumpf freundlich. Spelt erzählte ihm sein Leid. „Hab' schon gehört davon“, sagte der Altbürgermeister. „Aber erlaubt mir ein offenes Wort!“ „Wohl“, meinte Spelt. „Denket nach, ob das Fräulein so ganz Unrecht hat?“ sagte Kumpf fest. „Und dann?“ „Dann schantet Euch die Zeit an. Es ist eine Zeit der mühsigen Thaten. Thuet eine That und werdet ein Mann!“

Er drückte ihm die Hand und ging; Jörg Spelt aber blieb noch lange in tiefem Sinnen sitzen.

### Im Bund der Bauern.

Die Häden der Geschehnisse sind oftmals gar wunderbar verwickelt und verknüpft. Also auch diesmal; denn während Wilhelm von Grumbach seine bekümmerte schöne Waise auf einem Umweg nach Würzburg geleitete, kam auf der großen Heerstraße der Mann, dessen Ankunft Agnes mit allen Fibern ihres Herzens ersehnt, gen Rothenburg heranzugewandert. Florian Geyer war vom Bundesrath der Bauern aus dem Lager zu Heibingsfeld bei Würzburg abgesandt worden, um Rothenburg in den Bund zu bringen. In derselben Nacht, spät, nachdem Grumbach und Agnes von dannen geritten, kam Herr Florian vor dem Würzburger Thor zu Rothenburg an. Er mußte in der alten Herberge zum Klappen vor dem Thore die Nacht über bleiben; erst des Morgens ließ man ihn ein, denn das Regiment des alten Raths war noch nicht zu Ende und die Herren thaten gar fürsichtig.

Zu Würzburg hatte die Volksache noch keinen sonderlichen Fortgang genommen; sie hatte halt gemacht vor dem festen Schlosse, dem Frauenberg. Das ganze Volkstheer aus Franken, vom Odenwald, vom Gau und vom Neckar, hier lag es fest.

(Fortsetzung folgt.)

„Da seid Ihr falsch berichtet“, meinte der Menzinger.

„Mit Euch hab' ich nicht zu rechten. Aber wider die ungerathene Dirn sprech' ich meinen väterlichen Fluch; sie wird nie mehr die Schwelle ihrer väterlichen Behausung überschreiten. Und mein Fluch soll sie verfolgen wie ein böser Geist, also daß sie nirgend mag ruhig ihr Haupt hinlegen, weil sie doppelt ungehorsam war dem väterlichen Willen, welchen der Himmel über sie gesetzt. Sie sei verflucht!“

Damit verließ der strenge Rathsherr die Kirche, während man seine Gemahlin ohnmächtig hinwegtrug.

Agnes stand wie erstarrt; diesen Ausgang hatte sie nicht vermuthet. Dienhart küßte ihr aber einige tröstliche Worte zu und Stefan von Menzingen trat an sie heran. Er bot ihr freundlich sein Haus als Zufluchtsort an, bis auf Weiteres. Auch Doktor Deutschlin sprach der Jungfrau Muth und Zuversicht ein. So folgte sie dem Menzinger nach dessen gastlichem Hause; seine freundliche Hausfrau bot Alles auf, der Verstörten es angenehm zu machen, damit sie ihr Unglück nicht so sehr fühlen sollte. Aber Agnes blieb traurig und in sich gekehrt und sobald sie allein, erleichterte ein Thränenstrom ihr gepresstes Herz.

Gegen Abend erschien Grumbach und berichtete, daß er vergeblich einen Veröhnungsversuch bei dem alten Badell gemacht. Der Rathsherr hatte ihn hart angelassen und ihm schließlich gleichfalls sein Haus verboten. Der Junker sagte, er wolle noch heute Nacht nach Würzburg reiten.

„Wisset Ihr nicht, wo Ihr mich unterbringen könntet?“ sprach Agnes. „In Rothenburg bleibe ich nicht; hier brennt mir der Boden unter den Füßen.“

„Wohl hab' ich eine Wuhm in Würzburg“, sagte Grumbach, „eine freundliche Frau mit zwei Töchtern. Allda wäret Ihr wohl geborgen, bis sich dies Gewitter verzogen.“

„In meinem Hause seid Ihr wohl geborgen“, sprach der Menzinger.

„Bleibt doch, liebes Kind!“ bat die Menzingerin. „Glaubt nicht, edler Herr, und Ihr, edle Frau, ich müßte Eure Gastfreundschaft und Euren Schutz nicht zu

werten. Ich will Euch immer dankbar sein. Aber in diesem Nothenburg leidet nich's jetzt nicht, da alle bösen Augen gelöst sind. Ich könnte ihnen Trost bieten, ja. Aber der innere Wurm fräße an mir. Vetter, wenn Ihr diese Nacht reitet, so reite ich mit.“

„In dieser gefährlichen Zeit“, rief die Menzingerin. „Bin ich hier sicher, wo der väterliche Fluch über meinem Haupte schwebt?“

„Ihr seid klug und tapfer“, sprach Menzingen. „So reitet denn mit Eurem Vetter; ich geb' Euch vier Knechte mit, tapfere Leute, die mögen Euch bis Würzburg das Geleite geben. Vergesst nicht, daß dies Haus Euch immer offen steht, so lange der Stefan von Menzingen drinnen zu schalten hat.“

Und so geschah's. Nach Einbruch der Nacht ritten Grumbach mit seinen zwei Knechten, Agnes und die vier Knechte des Menzingers zum Röderthor hinaus. Dort war die Wache mit Menzingers Leuten besetzt; man kam ohne allen Anstand hinaus. Sie ritten seufzends Rißingen zu, denn die große Heerstraße schien ihnen etwas unsicher.

Agnes sah trauernd in die fernentläre Nacht hinein und sprach schier kein Wort. Sie dachte an Florian Geyer.

Zu Rothenburg aber war ein gewaltiges Aufsehen ob solchen Verhalten des Fräuleins von Badell. Die Einen lobten, die Anderen tabelten, wie sie sich verhalten.

Jörg Spelt schlich gedrückt umher; seine Lustigkeit wollte nicht wieder kommen. Auf der Trinkstube harrten sie seiner; er mochte nicht hingehen, denn das Treiben dort ekelte ihn mit einem Mal an. „Ihr seid kein Mann“, hatte die stolze Braut gesagt. Das haßte wie ein Pfeil mit Widerhaken in seiner wunden Seele.

So sah er auf der alten Burg und schaute in das blühende Taubenthal hinab, in das die letzten Sonnenstrahlen fielen. Immer düsterer ward es in seiner Seele, je mehr der goldene Schimmer des Tages schwand.

Da nahte lustwandelnd eine hohe Gestalt; es war Ehrenfried Kumpf, der Altbürgermeister und Rathsherr, Kaelstadt's Freund, ein gar stattlicher, kluger und fester Mann, der ihm immer ein Freund und Berather gewesen.



Unter solchen Umständen ist keine Aussicht vorhanden, daß die Landgemeinde-Ordnung der Regierung vom gegenwärtigen Landtag angenommen wird. Und da das Landgemeinde-Gesetz mit den übrigen Reformgesetzen der Regierung nach den positiven Erklärungen des Ministers des Innern ein organisches Ganzes bildet, so bleibt für die preussische Regierung keine andere Wahl, als entweder auf die sogenannte „große Reform“ zu verzichten oder den Landtag aufzulösen. Ein Drittes giebt es nicht. Jedenfalls haben wir den Konflikt — und keine Vogel-Strauß-Politik kann ihn aus der Welt schaffen.

Die nächsten Tage werden zeigen, für welche von beiden Alternativen die Regierung sich entscheiden wird. Schreift sie vor der Auflösung des Landtags zurück und rechnet sie auf die Versumpfung des Konflikts, so ist sie besiegelt, auch ohne ausdrückliches Zukunftszeichen — und die „große Reform“ kann ruhig zum alten Eisen geworfen werden.

Der Schluß der Herrfurth'schen Erklärung: „Möge man noch so viel Geminnisse in den Weg legen, sie kommt doch!“ mag zwar pathetisch sein, klingt aber sehr schwach. „Sie kommt doch!“ Ja, aber wann? Im nächsten Jahre? In zehn Jahren? In zwanzig Jahren? Das ist die Frage. Vor solchen oratorisch-nehelhaften Drohungen, solchen Wechsellinien auf eine nicht näher bezeichnete Zukunft werden die Herren Konservativen nicht viel Respekt haben.

Nicht weniger als zweimal marschirt in den heutigen Zeitungen das **Dynamitgespenst** auf — in der Gegend von Magdeburg und in der Gegend von Wien ist Dynamit „gefunden“ worden und hat ein dunkles Verbrechen begangen werden sollen, das nur durch Zufall oder den wunderbaren Scharfsinn irgend eines staatsretterischen Genies verhindert wurde. — Nun, wenn Dynamit „gefunden“ wird, dann denkt man unwillkürlich an die Thaten des belgischen Musterspielers Bourbaix, der für Rechnung der belgischen Pfaffenregierung und des belgischen Unternehmertums im Lande herumzog und Dynamit streute, das dann stets rechtzeitig „gefunden“ ward und die nötige Temperatur und Stimmung für eine frische fröhliche Arbeitermezelei bereitete.

Auch in Deutschland pflegte zu Zeiten der Putzlamerei hier und da Dynamit „gefunden“ zu werden, wenn es galt, irgend einen Schlag gegen die Freiheit und das Volkrecht zu führen — die Nothwendigkeit der Ausnahmegesetze, der Polizei-Allmacht und der gewaltsamen Beseitigung unbequemer politischer Gegner zu beweisen.

Die Dynamitpolitiker sind aber vielseitige Leute. Sie beschränken ihre staatsretterische Geschäftstätigkeit nicht auf Dynamit. Sie haben noch andere Artikel auf Lager. In Deutschland z. B. ist der allgemeine Bergarbeiterstreik ein eisernes Inventarstück der Spitzel geworden. Man erinnert sich, welche Rolle er voriges Jahr spielte, als der „treue Basall“ Bismarck den letzten verzweifeltsten Versuch machte, mit Hilfe des „Nothen Schreckens“ seinen Souverän sich dienstbar zu machen.

Wohlan, auch der allgemeine Bergarbeiterstreik tanzt seit einigen Wochen wieder vor uns herum, laucht Tag für Tag in gewissen Zeitungen auf — und wir wissen doch genau, daß kein Mensch in Deutschland — mit Ausnahme einiger Unternehmer, welche die Arbeiter zu Gewaltstreichen verleiten möchten — und mit Ausnahme der Spitzel, die doch leben wollen — an einen Bergarbeiterstreik denkt.

Allgemeiner Bergarbeiterstreik und Dynamitfunde, da haben wir das Handwerkszeug der Spitzel wieder hübsch beisammen, und blind mühen wir uns, sehen wir nicht, daß die Spitzel wieder an der Arbeit sind — und an welcher Arbeit sie sind, das weiß jedes Kind.

Unsere Freunde unter den Bergarbeitern, namentlich in Rheinland-Westfalen, ermahnen wir aber recht dringend, ein scharfes Auge zu haben auf Herrn Bourbaix und Genossen.

Die Höhe des sozialpolitischen Verständnisses unserer Regierungskreise geht aus allen ihren Maßregeln hervor. Ein Beispiel für viele um diese Meinung zu behaupten, bieten wieder die Ermittlungen der Regierung über die Lage der Bergarbeiter im Ruhr-Kohlenbezirk, wo ein Ausstand bestrachtet wird. Die Berechtigung der Forderungen der Arbeiter, welche von den Grubenbesitzern schroff abgelehnt werden, suchen die Landrathsämter durch Anfragen bei den Grubenvorständen zu prüfen. Dies ist jedenfalls der beste Weg, sich ein ganz objektives Urtheil zu bilden. Wer kann denn besser die Lage der Arbeiter und die Berechtigung ihrer Forderungen beurtheilen als die Ausbeuter der Arbeiter. Es geht doch nichts über die Schlaueit und den sozialpolitischen Scharfblick preussischer Landräthe.

Die Frage der Verfassungsrevision und des allgemeinen Stimmrechts — so schreibt man uns — hat alle belgischen Parteien in lebhafter Aufregung versetzt. Ignorirten sie früher in blinder Ueberhebung die Arbeiterbewegung und die Forderungen der Sozialdemokratie, so sehen sie sich heute gezwungen, unsere Forderungen ernstlich zu diskutieren und Zugeständnisse zu machen. Die belgische Sozialdemokratie ist eben im Laufe der Zeit zu einer Macht herangewachsen, mit der man wider Willen rechnen muß. Eine neue Gruppierung der Parteien scheint sich in Belgien vorzubereiten, in der Regierungspartei scheint eine Spaltung in eine konservative, den Forderungen der Arbeiter durch eine abgeleitete, und in eine der Erweiterung des Wahlrechts freundlicher gesinnte Gruppe bevorzustehen. Auch die Liberalen scheinen sich über die Verfassungsrevision nicht einigen zu können, wohl scheint über die Zustimmung zur Verfassungsrevision Einigkeit zu herrschen, doch über das Maß der Erweiterung des Wahlrechts konnten die Liberalen parlamentarisch sich nicht verständigen. Ein Theil will der Forderung des allgemeinen Wahlrechts zustimmen, während ein anderer Theil nur denjenigen, die Lesen und Schreiben können, das Wahlrecht erteilen will. Mag der Kampf und die Verfassungsrevision ausfallen wie immer, jedenfalls haben unsere belgischen Genossen schon heute erzielt, daß ihre Forderungen den Mittelpunkt der Diskussion bilden, daß der Sozialismus weiten Kreisen bekannt wird und daß die gegnerischen Parteien in Reflexion begriffen sind. — So weit unser Berichtsfalter; andere Mittheilungen lauten unglücklicher, und unter den belgischen Arbeitern ist die Meinung allgemein verbreitet, daß wesentlichere Konzessionen in Bezug auf das Wahlrecht nicht zu erwarten sind. Jedenfalls denkt die herrschende Klasse

in Belgien nicht an das allgemeine Wahlrecht; und aus belgischen Bourgeoisblättern geht unzweideutig hervor, daß ein großer Theil der Unternehmer einen Streik der Arbeiter sehr gern sehen würde.

Gewiß ist, daß die Sozialdemokratie auch in Belgien den Zerfall der bürgerlichen Parteien (pöfischen und liberalen) beschleunigt; und daß auch in Belgien die sozialdemokratischen Ideen in immer weitere Kreise dringen, und sich ihrer Verwirklichung immer mehr nähern.

Die öffentliche Meinung in Frankreich spricht sich mit wachsender Energie gegen die Verhaftung derjenigen aus, die Paderewski zur Flucht verholfen haben. Kommt es zum Prozeß, so wird er dazu benutzt werden, die Sünden und Verbrechen des Jarenthums möglichst wirksam an den Bräutigam zu stellen, — und ist die Freisprechung der Angeklagten mit Sicherheit zu erwarten.

Wir sagten gleich nach Bekanntwerden der Affäre Silberstoff: Der Mann, welcher den russischen Spitzel-General tödtet, hat mehr getroffen als diesen, er hat dem Phantom der russisch-französischen Allianz den Garauß gemacht. Die Wichtigkeit dieses Urtheils findet jetzt nach allen Seiten hin Bestätigung. Die Russenfreundlichkeit der Franzosen war ein Märchen, oder eine Tendenzlüge.

Mit Ausnahme einiger Ultrareaktionäre und Chauvinisten ist niemand in Frankreich für ein Bündnis mit dem Parismus, und es ist ein bezeichnendes Faktum, daß ein von Veronlode und anderen Narren gegründeter „Verein der Freunde Rußlands“ sich auflösen mußte, weil kein anständiger Mensch Mitglied werden wollte. Natürlich wird der wahre Grund im Auflösungs-Beschluß nicht gesagt.

Ein bedenkliches Geständniß ist der „Kreuzzeitung“ anlässlich der Silberstoff-Affäre entschlüsselt. In einem Bericht über die Flucht Paderewski's schreibt sie:

„Wir wollen ganz davon absehen, daß der politische Mord ebenfalls nicht zu rechtfertigen ist, wenn man auch Charlotte Gorday darum nicht auf dieselbe Stufe, wie eine Gabrielle Pompadour zu stellen braucht.“

Gabrielle Pompadour hat einen Raubmord begehen helfen und Charlotte Gorday hat den Volksmann Marat erdolcht. „Wenn man auch eine Charlotte Gorday“ — also eine politische Verbrecherin — „nicht auf dieselbe Stufe, wie eine Gabrielle Pompadour“ — also eine gemeine Verbrecherin — zu stellen braucht.“

Dieses „wenn auch“ etc. ist köstlich. Der politische Mord ist „nicht zu rechtfertigen“, aber eine politische Verbrecherin steht doch „nicht auf derselben“, d. h. steht auf einer höheren Stufe als eine gemeine Verbrecherin. Merkt die „Kreuzzeitung“, auf welche schiefe Ebene sie gerathen ist? Oder will sie die höhere Stufe bloss solchen politischen Verbrechern zuerkennen, die ihre Hand gegen Volksmänner gewandt haben? Steht eine Charlotte Gorday etwa auf einer höheren Stufe als Paderewski? Deshalb auf einer höheren Stufe, weil das Opfer der Charlotte Gorday ein Republikaner und Volksmann, und das Paderewski's ein Spitzel und Lump war?

Und wenn wir einmal den politischen Verbrechern, oder doch gewissen politischen Verbrechern eine höhere Stufe einräumen, wo ist dann die Grenzlinie der Abstufung?

Begreift die „Kreuzzeitung“ nicht, daß, wenn sie einmal das Prinzip der absoluten Gleichmäßigkeit der Verwerflichkeit des Verbrechens, ohne Rücksicht auf dessen Motive, durchbrochen und eine sittliche Abstufung je nach den Motiven zugegeben hat, sie dann mit logischer Nothwendigkeit schließlich dazu gelangen muß, die Handlungen, die den Motiven zu beurtheilen, und eine Handlung, nach den edlen, wenn auch vielleicht auf irrigen Voraussetzungen beruhenden Motiven hervorgegangen ist, anders zu beurtheilen, als eine äußerlich gleiche Handlung, der ein gemeines, niedriges Motiv zu Grunde liegt? — Mit einem Wort die erstere als verdienstliche — That, die andere als Verbrechen zu betrachten? Und damit steht die „Kreuzzeitung“ mitten im „wissesten demokratischen Materialismus“.

Madame Duc Quercy, die Paderewski rettete, handelte ebenso edel wie der brave Luz, der Charlotte Gorday retten wollte — und ein politisches Verbrechen ist kein gemeines Verbrechen — ganz wie das unsere Ansicht ist.

Der neue Großherzog von Luxemburg bewährt sich als deutscher Fürst vom guten alten Schlage. Sofort, nachdem der Herzog von Nassau das Land mit seiner Gegenwart beglückt hat, wurden drei in Deutschland erscheinende Blätter für Luxemburg verboten. Das reimt sich gut mit dem Schwure des neuen Regenten, die Freiheit Luxemburgs zu schützen und zu erhalten.

Auch in Rumänien steht die Frage des allgemeinen Wahlrechts in Diskussion. Die Radikalen haben dasselbe bei der Adressdebatte gefordert. So sehen wir überall einen frischen Zug im politischen Leben. In Oesterreich, Belgien und Rumänien steht die Frage des allgemeinen Wahlrechts im Vordergrund der Diskussion. Immer mehr sieht man ein, daß die Beschränkung der politischen Rechte auf die bestgehenden Klassen unhaltbar ist.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika scheint man in Bezug auf die Zollpolitik andere Bahnen einschlagen zu wollen, wenigstens deutet die Erklärung Sherman's im Senate, nach welcher der Mac Kinley-Tarif Verträge zwischen den Vereinigten Staaten und anderen Regierungen weder verhindern noch abschwächen soll, darauf hin. Nachdem die letzten Wahlen in unverkennbarer Weise den Willen des nordamerikanischen Volkes zum Ausdruck gebracht haben, mit der hochschützöllnerischen Zollpolitik Mac Kinley's zu brechen, werden sich wohl die Herren Gesetzgeber, die noch vor wenigen Monaten dem Zollgesetz zugestimmt haben, bequemen müssen, langsam einzulenken. Verzeihen darf freilich nicht werden, daß die Mac Kinley-Bill auch unter den Demokraten viele Freunde hat.

Die Hoffnung, daß die Differenzen mit den Indianern in den Vereinigten Staaten gütlich beigelegt würden, hat sich leider nicht erfüllt. Auf noch nicht ganz aufgeklärte Weise ist es zu einem Handgemenge gekommen, in dem mehrere Indianer, darunter der von einem früheren Aufstand her bekannte Sitting Bull getödtet wurden, und daraufhin sollen die Indianer ein

amerikanisches Truppen-Detachement überfallen und ihm schwere Verluste beigebracht haben. Genauere Nachrichten liegen noch nicht vor, aber es läßt sich aus den Telegrammen deutlich erkennen, daß das, was vorgekommen ist, das Licht nicht vertragen kann. Offenbar ist wieder eine jener Thaten verübt worden, durch welche die europäische Zivilisation den „Wilden“ ihre Ueberlegenheit klar zu machen sucht. In Amerika, in Afrika, in Australien — überall, wo die „Zivilisation“ mit „Wilden“ zusammentrifft, wendet sie dieselben Mittel an; überall hat sie dieselbe Methode, ihre „Segnungen“ zu betunden: Gammerei und Betrug, rohe Unterdrückung, Wortbruch durch Gewaltthat, Vergiftung durch Fasel und Syphilis und schließlich — als letztes Kulturmittel, als ultima ratio civilisationis (letzter Grund der Zivilisation) das Todtschießen.

Wir geben gern zu, daß die Indianerfrage in den Vereinigten Staaten keine leichte ist — die Indianer wollen sich in die Sitten, Gewohnheiten und Lebensbedingungen der Zivilisation nicht fügen — das ist wahr, allein das giebt doch kein Recht, sie wie wilde, gefährliche Thiere zu behandeln und auszurotten. Thatsache ist, keine der vielen Indianermezeleien, welche wir seit 50 Jahren gehabt haben, würde vorgekommen sein — wenn den Indianern Wort gehalten worden wäre — das wird von keinem unparteiischen Amerikaner bestritten. Und fürwahr! Treu und Glaube ist doch etwas, was von einem „zivilisierten“ Menschen unter allen Umständen verlangt werden könnte!

Es ist wirklich ekelregend, die Mehrzahl der amerikanischen Blätter über die neuesten Indianer-Differenzen zu lesen. Der Ausdruck „vermin“ — schädliches Ungeziefer und Raubzeug — begegnet uns auf jeder Seite — der Indianer gilt nicht als Mensch, nicht als gleichberechtigtes Wesen, sondern als ein untergeordnetes gemeinschaftliches Wesen, als Thier, das zu tödten ein verdienstliches Werk ist. Bei solcher Gelegenheit stellt sich so recht deutlich heraus, was für ein jämmerliches Ding unsere „Zivilisation“ ist: gefirniste Barbarei, oder in der drastischen Sprache der Bibel zu reden, ein „überlängtes Grab.“

Neueste Nachrichten. Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht die Rede, mit welcher der Kaiser die Schulkommission geschlossen hat. Bemerkenswerth ist nachstehender Passus:

„Wir befinden uns in einem Zeitpunkt des Durchgangs und Vorwärtsschreitens in ein neues Jahrhundert, und es ist von jeher das Vorrecht meines Hauses gewesen, ich meine von jeher haben meine Vorfahren bewiesen, daß sie, den Puls der Zeit fühlend, vorauserspähten, was da kommen würde. Dann sind sie an der Spitze der Bewegung geblieben, die sie zu leiten und zu neuen Zielen zu führen entschlossen waren. Ich glaube erkannt zu haben, wohin der neue Geist, und wohin das zu Ende gehende Jahrhundert zielen, und ich bin entschlossen, sowie ich es bei dem Anfassen der sozialen Reformen gewesen bin, so auch hier in Bezug auf die Heranbildung unseres jungen Geschlechtes, die neuen Bahnen zu beschreiten, die wir unbedingt beschreiten müssen; denn thäten wir es nicht, so würden wir in zwanzig Jahren dazu gezwungen werden.“

Die hier ausgesprochenen Grundsätze und Theorien haben unsere vollste Zustimmung. Ja es sind in gewissem Sinne die unsrigen. Wer „den Puls der Zeit“ nicht fühlt, nicht „neue Bahnen“ beschreitet, wird schließlich zu Reformen „gezwungen“ — oder auch ganz bei Seite geworfen. Das zeigt uns jeder Tag. Wir verstehen aber nicht, wie diese schönen und richtigen Grundsätze und Theorien sich mit der Bekämpfung der Sozialdemokratie, die für eben diese Schulkommission zum Programm gemacht worden ist, zusammen reimen lassen. Die Sozialdemokratie vertritt die Ideen der neuen Zeit, sie ist zuerst in die „neuen Bahnen“ eingeleitet, sie hat die „sozialen Reformen“ vorgezeichnet, welche die neue Zeit erheischt — wie kann, wer der Sozialdemokratie den Hand Schuh hinwegwirft, und sich in Widerspruch mit der „neuen Zeit“ stellt — wie kann er an der „Spitze der Bewegung“ bleiben?

Zwischen den Worten und den Handlungen gähnt eine Kluft, die unsere Logik nicht zu überbrücken vermag.

Nach einem Telegramm aus Bern sind die Wahlen des Kantons Tessin auf den 11. Januar anberaumt.

## Soziale Ueberblick.

An die Maurer Berlins. Werthe Kollegen! Wie Ihr alle wißt, sind in diesem Herbst statistische Fragebogen von den Vertrauensleuten, die Ihr Euch selbst in öffentlichen Versammlungen gewählt hat, ausgegeben worden. Es handelte sich darum, unseren Arbeitgebern zu zeigen, daß wir mit dem, was wir verdienen, noch nicht soviel haben, wie zur Erhaltung einer Familie, auch bei den beschwerlichsten Ansprüchen notwendig ist; es handelte sich aber auch darum, den Gesetzgeber darauf hinzuweisen zu können, daß andere und bessere Gesetze zum Schutze der Arbeiter gemacht werden müssen. Nun Maurer Berlins! Jetzt habt Ihr Zeit, die Naturverhältnisse haben den gezwungen die Arbeit ruhen zu lassen, der noch Arbeit hatte; viele Tausende hatten schon lange keine Arbeit mehr und sehen einem traurigen Weihnachtsfest entgegen. Jetzt ist es Zeit, über eure traurige Lage nachzudenken und das Resultat in die statistischen Fragebogen einzutragen, um der Welt vor Augen zu halten, wie groß die Noth und das Elend unter uns ist. Kollegen! Versäume keiner die statistischen Fragebogen auszufüllen, und an die Vertrauensleute bis Ende Dezember abzuliefern. Mit kameradschaftlichem Gruß

Karl Weise, Tegelerstraße 27.

## Briefkasten der Redaktion.

E. D. in H. 1. Herbert Bismarck hatte ein jährliches Gehalt von 64 000 M., für einen so verdienstvollen Mann gewiß nicht zu viel. 2. Wie hoch sich seine Pension beläuft, können wir nicht angeben, da uns kein Dienstalter nicht bekannt ist.

Prost. In. 1. Ausmünderungschein und Geburtsurkunde genügen. 2. Wir glauben nicht, daß Sie Englisch allein mit Hilfe einer Grammatik lernen können. Auf die Empfehlung eines bestimmten Lehrers lassen wir uns grundsätzlich nicht ein.

Wollinerstr. 11. Der Wirth darf seinen Schlüssel zur Wohnung seines Miethers haben.

Appenzler. Eine Eisenbahn, welche das Festland mit England verbindet, ist zwar schon oft geplant worden, aber bisher nicht zur Ausführung gelangt.

Ar. 105. F. A. A. Wir wüßten nicht, was davon strafbar sein sollte. Höchstens könnte der Verzin, wenn die Vorstandsmitglieder leichtsinnig gehandelt haben, dieselben auf Entschädigung verklagen.



**Theater.**  
 Freitag, 19. Dezember.  
**Opernhaus.** Die Hochzeit des Figaro.  
**Schauspielhaus.** Der Sturm.  
**Lessing-Theater.** Sodoms Ende.  
**Berliner Theater.** Die wilde Jagd.  
**Deutsches Theater.** Die Kinder der  
 Erzellen.  
**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.**  
 Puppenfee. Sonne und Erde.  
**Wallner-Theater.** Papa. Hierauf:  
 Ein Mord in der Kohlenstraße.  
**Residenz-Theater.** Der Kampf ums  
 Dasein.  
**Viktoria-Theater.** Die sieben  
 Raben.  
**Sellealliance-Theater.** Mamsell  
 Mitouche.  
**Okend-Theater.** Zimmermann's  
 Lene.  
**Thomas-Theater.** Der Soldaten-  
 Freund.  
**Adolph-Ernst-Theater.** Unsere  
 Don Juans.  
**Bürgerliches Schauspielhaus.** Der  
 Eisentel.  
**Baummann's Variété.** Große Spe-  
 zialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Große  
 Spezialitäten-Vorstellung.  
**Concordia.** Große Spezialitäten-  
 Vorstellung.  
**Gebr. Richter's Variété.** Große  
 Spezialitäten-Vorstellung.  
**Wintergarten.** Große Spezialitäten-  
 Vorstellung.

**Englischer Garten.**  
 Direktion: C. Andress, Alexander-  
 straße 27c.  
**Clara Conrad,** Lieder- und Balz-  
 sängerin.  
**Jenny Reimann,** Kostüm-Soubrette.  
**Mr. Samitti** mit seinen dreifürten  
 Stunden.  
**Mr. O. Worch,** Produktionen an  
 römischen Kingen.  
**Max Menzel,** Gefängniskomiker.  
**Mr. Kohenstein,** Malabarist.  
 Anfang Wochentags 8 Uhr.  
 Sonntags 5 1/2 Uhr.  
 Entree Wochentags u. Sonntags 80 Pf.  
 60 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf  
 20 und 30 Pf.

**Stabliement Buggenhagen**  
 am Moritzplatz.  
 Täglich:  
**Grosses Concert.**  
 Direktion A. Hödman.  
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
 Wochentags 10 Pfg.,  
**Entrée** Sonn- und Festtags 25 Pfg.  
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
 Spezial-Küchen von Bahenhof  
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 641 F. Müller.

**Gratweil'sche Bierhallen**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Täglich:  
**Grosses Concert**  
 mit Quartett-Sängern,  
 ausgeführt von dem Musik-Direktor  
 D. Sanftleben.  
 Wochentags: Frei-Concert.  
 Sonntags Entrée 20 Pf.  
 Empfehle auch zugleich 8 Billards,  
 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Ver-  
 gänigungen und Versammlungen.  
 703 F. Sotke.

**Castan's Panopticum.**  
 Entrée 50 Pfg.,  
 Kinder 25 Pfg.  
 8, 9 Uhr Morgens  
 bis 10 Uhr  
 Abends.  
 Vorstellung  
 Vorm. 11 1/2 u.  
 12 1/2 Uhr.  
 Nachm. v. 4 1/2-9 1/2 Uhr  
 stündl. eine Vorstellung.  
 Extra-Entrée 30 Pfg.  
 Kinder frei.  
 23 Amazonen, 10 Krieger aus Bahaman.

**Passage-Panopticum.**  
 Unter den Linden 22/23. [742]  
 18. Dezember 1890.  
 Men-Grüßung:  
**Sonntag,**  
 18. Dezember 1890.

**Welt-Restaurant.**  
 97 Dresdener-Strasse 97.  
 Täglich Aufstehen der  
 Ungarischen National-Kapelle  
**Oichoary**  
 und der Tiroler-Gesellschaft Skogler,  
 Weihnachts-Ausstellung  
 eröffnet. 2188  
 zu 100-200 Pers. noch für  
 Januar, Februar unentgelt-  
 lich zu vergeben. 2072  
**Gaillard,** Pragenstr. 57.  
 2 Kegelbahnen noch einige Tage frei.

**Welt-Restaurant.**  
 97 Dresdener-Strasse 97.  
 Täglich Aufstehen der  
 Ungarischen National-Kapelle  
**Oichoary**  
 und der Tiroler-Gesellschaft Skogler,  
 Weihnachts-Ausstellung  
 eröffnet. 2188  
 zu 100-200 Pers. noch für  
 Januar, Februar unentgelt-  
 lich zu vergeben. 2072  
**Gaillard,** Pragenstr. 57.  
 2 Kegelbahnen noch einige Tage frei.

**Circus Renz.**  
 Karlstraße.  
 Freitag, 19. Dezember:  
 Abends 7 Uhr:  
**Komiker-Vorstellung.**  
 Auftreten der Clowns C. Godlewsky,  
 Gebr. Dianta und Varne. 3 Gebr.  
 Briatore, Mislo, Herrmann, François,  
 Gebr. Walton in ihren komischen Entrees  
 und Intermezzi. Außerdem: Großes  
 Hurdle-Rennen mit 24 Vollblut-Spring-  
 pferden, geritten von Damen u. Herren  
 der Gesellschaft. Emir, Apportierpferd,  
 dressirt und vorgeführt von Herrn Fr.  
 Renz. Eine Wiener Damenkapelle. —  
 Trepido, geritten von Fel. Oceana Renz.  
 Kandelaber, geritten von Ernst Renz  
 (Enkel). Auftreten des phänomenalen  
 Reitskünstlers Mr. J. F. Clarke. Mr.  
 Rodgers, Luftgymnastiker 1. Ranges.  
 Auftreten der Reitskünstlerinnen Fel.  
 Natalie Briatore und Mme. Pradbury  
 und des Jockeyreiters Mr. Burnell  
 Willis.  
 Zum Schluß der Vorstellung:  
**Leben und Treiben**  
**an dem Gise.**  
 Großes Ausstattungsstück mit Ballet  
 in 4 Akten. Neu arrangirt und  
 inszenirt vom Direktor E. Renz.  
 Morgen: Vorstellung.  
 E. Renz, Direktor.

**Circus Schumann.**  
 Friedrich-Karl-Str.  
 Der Circus ist gut geist:  
 Heute Abend 7 1/2 Uhr:  
**Große Brillant-Vorstellung,**  
 mit neuem, vorzüglich gewähltem Pro-  
 gram.  
 Zum 14. Male:  
 In Berlin noch nicht dagewesen!  
**Circus unter Wasser.**  
 Sensationelle Wasser-Pantomime.  
**Eine ländl. Hochzeit.**  
 Große komische, equestrische Pantomime  
 mit Ballet.  
 Natürliches Wasser überfluthet in einer  
 Minute die Manege.  
 Natürliche Ruderboote u. Dampfboote.  
**Spezialität.**  
**Die 4 Wassernymphen,**  
 Morgen: Große Vorstellung. Zum  
 15. Male: Die großartige Wasser-  
 Pantomime: „Eine ländliche Hochzeit.“  
 Sonntag: Zwei Vorstellungen.  
 Nachmittags 4 und 7 1/2 Uhr. Nach-  
 mittags 1 Kind frei.

**Regelbahnen** noch einige Tage frei  
 Gaillard, Pragenstr. 57.  
**180 Oranienstraße 180.**  
 Empfehle meine 3 Säle an Vereine,  
 Gesellschaften und zu Versammlungen.  
 1811 Hoffmann.  
 Allen Freunden und Gen. empfehle  
 mein Restaurationslokal  
**Schwedterstrasse 44,**  
 welches ich am 1. Dezember d. J. er-  
 öffnet habe. 980  
**Otto Thierbach.**

**Geschäftshaus S. Heine**  
 Chausseestr. 14.  
**Weihnachtsmesse!**  
 Auslage von Neuheiten  
 in **Kleiderstoffen**  
 für die Frühjahrs-Saison 1891.  
 Ausverkauf Lagerbeständen  
 zu bedeut. herabgesetzten Preisen!  
 Die schönsten Kinderkleider  
 für Mädchen jeden Alters, sowie  
 Morgenröcke, Unterröcke,  
 Ericottailen, Schürzen etc.  
 auch im Einzelverkauf sehr billig!  
 Nachbestellungen prompt!  
**Geschäftshaus S. Heine.**

**Winter-Paletots**  
 und **Anzüge**  
 bei billigen Preisen  
 empfiehlt das bekannte  
**Herren- und Knaben-  
 Garderobe-Geschäft**  
 von 425  
**Julius Lindenbaum**  
 Große Frankfurterstr. 139.  
 Spezialität: Anfertigung nach  
 Maß und Arbeitsfachen.  
 (Bitte genau auf Firma und  
 Hausnummer zu achten!)

**Winter-Paletots**  
 und **Anzüge**  
 bei billigen Preisen  
 empfiehlt das bekannte  
**Herren- und Knaben-  
 Garderobe-Geschäft**  
 von 425  
**Julius Lindenbaum**  
 Große Frankfurterstr. 139.  
 Spezialität: Anfertigung nach  
 Maß und Arbeitsfachen.  
 (Bitte genau auf Firma und  
 Hausnummer zu achten!)

Unserm Vorstehenden  
**Rudolf Kanthak**  
 zu seinem heutigen Wiegenfest ein drei-  
 mal donnerndes Hoch, daß die Goltz-  
 straße bis bei Müller wackelt und die  
 großen Weiden im Keller nicht plagen,  
 denn jeder Kanten ist einen Thaler werth.  
 2285 Die Kollegen vom Vorstand.

Unserm Budiker  
**August Kocchitzki**  
 zu seinem heutigen Wiegenfest ein drei-  
 mal donnerndes Hoch, daß die ganze  
 Straßunderstraße wackelt.  
 2295 Die Stammgäste.

**Oris-Frankenkasse der**  
**Steindrucker und Lithographen.**  
 Am 17. Dezember er. verstarb unser  
 Mitglied, der Lithograph 2287  
**Herr Otto Röbe.**  
 Die Beerdigung findet am Sonntag,  
 den 21. d. Mts., Nachm. 2 Uhr, von der  
 Leichenhalle des alten Sophienkirchhofes,  
 Bergstraße, aus statt. Um zahlreiche Be-  
 theiligung bittet **Der Vorstand.**

**Ordentl. Generalversammlung**  
**der Einsetzer (Zähler)**  
 Berlins und Umgegend  
 am Sonntag, den 21. Dezember,  
 Vormittags 10 1/2 Uhr,  
**Neue Friedrichstraße 44.**  
 Tagesordnung:  
 1. Wahl des Gesamt-Vorstandes. 2281  
 2. Verschiedenes. 2281  
 3. Fragelisten.  
 Das Erscheinen ist Pflicht eines jeden  
 Mitgliedes. **Der Vorstand.**

**Berein z. Hebung d. materiellen**  
**und geistigen Lage der Arbeiter**  
**Schönebergs.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß  
 die Mitglieder-Versammlung für diesen  
 Monat ausfällt; jedoch werden  
 Beiträge am Sonnabend, den 20. d. M.,  
 Abends von 8-10 Uhr, bei Reinsberg,  
 Bahnh. 12, in Empfang genommen.  
 Ebendasselbst wird die Vereinsbibliothek  
 ausgegeben. Wir ersuchen die Mit-  
 glieder sich recht roge am Lesen zu be-  
 theiligen. Die nächste Mitglieder-  
 versammlung findet bestimmt am Montag  
 nach dem 15. Januar statt.  
 2290 **Der Vorstand.**

**Buchbinderei von Konstantin**  
**Janiszowski, Kottbusser Damm**  
 Nr. 99, Hofpar. Herunde u. Partien-  
 genossen, welche sich mit Buchbinder-  
 arbeiten unterstützen wollen, bitte ich,  
 dieselben bei Wischke, Junkerstr. 1 und  
 Kaybachstr. 1; G. Schulz, Cigarren-  
 Geschäft, Kottbusser Platz; Schweiger,  
 Cigarren-Geschäft, Dresdenerstr. 53/54,  
 (City-Passage); Heinbock, Langestr. 70;  
 Schaper, Invalidenstr. 153; Gnadt,  
 Brunnenstr. 38, mit Angabe der Adresse  
 abzugeben. 396

**Rohtabak A. Goldschmidt,**  
 Spandauerbrücke 6,  
 am hiesigen Plage bekanntlich  
**Größte Auswahl. Garantiert**  
**stetig brennende Tabake.**  
 Streng reelle Bedienung, billigste  
 Preise! Sämtliche im Handel  
 befindl. Rohtabake sind am Lager.  
 A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,  
 am Lade'schen Markt. [746]

**Mehlhandlung**  
**L. Brachvogel,**  
 Manneuffelstr. 75.  
 Zum bevorstehenden Feste empfehle  
 ich meine nach jeder Richtung vorzüg-  
 lichen und preiswerthen Mehle (aus-  
 gezeichnet badeud). 1870  
 Rosinen, Mandeln, Bisquits u.  
 Wiener Mehl . . . 23 Pf.  
 Kaiser-Ausgangsmehl . . . 20  
 Bestes Weizenmehl . . . 18  
 Sultaninen . . . 70  
 Große Rosinen . . . 40 u. 50  
 Korinthu . . . 40  
 Mandeln, süß u. bitter . . . 190

**Frische Hasen**  
 von Mt. auch geipikt, billigt.  
 2,50 ab.  
**Oderbruch. Fettgänse**  
 Pfd. 65 Pf., auch ausgeu. u. geipikt.  
**Leber, Liesen u. Klein.**  
**Frisch. Wild pfundw.**  
 w. sämmtl. Geflügel l. größt. Auswahl  
 empfiehlt **R. Sasse,**  
 Wild- u. Geflügel-Gdlg.,  
 2286 5. Michaelkirchstr. 5.

**M. W. Walter.**  
 Gegründet 1818,  
 Fernsprech-Nr. 9. 4386.  
 Zeughofstraße 3.  
 Versandgeschäft für Mehl u. Hülsen-  
 fruchte. Aufträge von 3 Mt. an frei  
 Haus oder Bahnhof. 884  
**Kanarienhähne,** feine Säger,  
 preiswerth; ver-  
 kaufen **Skalitzerstr. 103, 2. Et. 1.**

**Fachverein der Puker.**  
 Am 1. Weihnachtsfeiertag, im Etablissement Eiskelle  
 zum Besten kranker Kollegen:  
**Matinée.**  
 Billets sind bei folgenden Herren zu haben: Neumann, Moenslebenstr. 8,  
 Schulz, Fürstenbergerstr. 10; Schmidt, Remelerstr. 60; Petri, Lübbenerstr.  
 Ulrich, Weisenburgerstr. 35; Käpernick, Demminerstr. 66; Lufft, Gabenerstr.  
 Rohmann, Steinmehstr. 59; Simanowsky, Ackerstr. 57; Scholz, Kallifadenstr. 6  
 Hoppe, Badstr. 37a. Auch sind bei vorgenannten Herren Billets zu dem  
 10. Januar 1891 in Lip's Brauerei (Friedrichshain) stattfindenden Maskenball  
 zu haben. 2288

**Verein der Parquetbodenleger Berlins.**  
**General-Versammlung**  
 am Montag, d. 22. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Weigt's, Marienstr. 57.  
 Tagesordnung: 1. Statuten-Abänderung. 2. Verschiedenes.  
 Unser diesjähriges **Weihnachts-Vergnügen** findet **Sonabend**,  
 den 27. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alto Jakobstrasse 7,  
 statt. Billets à 30 Pf. sind nur vorher bei den Vorstandsmitgliedern sowie  
 beim Vergnügungs-Komitee zu haben.  
 Um zahlreichen Besuch ersucht **Der Vorstand.** 2288

**Fachverein der Marmor- u. Granitarbeiter.**  
 Sonntag, den 21. Dezember, Vormittags 10 1/2 Uhr,  
 in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstraße Nr. 48a:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom Stützenden. 2. Diskussion über den Werth einer  
 Statistik. 3. Berichterstattung der Delegirten der Berliner Streit-Kontrol-  
 Kommission. 4. Diskussion und Verschiedenes.  
 Um pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.** 2294

**Fachverein der Metallarbeiter in Gas-,**  
**Wasser- und Dampfmaschinen.**  
 Sonnabend, den 20. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, bei Zomtor, Münzstr. 11:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Th. Mehnert über: „Die Kräfte und deren  
 Ursachen.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelisten.  
 Gäste sind willkommen. Um recht zahlreiches Erscheinen bittet  
**Der Vorstand.** 2298

**Verein der Bau-Anschläger**  
 Berlins und Umgegend.  
 Sonntag, d. 21. Dezbr., Vorm. 10 1/2 Uhr, bei Orschel, Sebastianstr. 39:  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz. Referent: Friß  
 Zubeil. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Sämtliche Berufsgenossen sind hierzu eingeladen. Zur Deckung der  
 Unkosten Entree nach Belieben. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.  
**Die Kommission.** 2218

**Große öffentliche Versammlung**  
**sämmtlicher Metall-Arbeiter Spandaus**  
 als Klempner, Dreher, Drucker, Schlosser, Maschinenbauer,  
 Kupferschmiede, Gürtler, Giesser u. s. w.  
 heute, Freitag, den 19. Dezember 1890, Abends 8 Uhr,  
 in **Dressel's Tanzsaal.**  
 Tages-Ordnung: 1. Der Provinzialtag der Metall-Arbeiter der Provinz  
 Brandenburg. Referent Weber. 2. Diskussion. 3. Wahl von Delegirten.  
 4. Verschiedenes. **Der Einberufer.** 2297

**Freie Volksbühne.**  
 Zu der am 1. Weihnachts-Freiertag stattfindenden Vorstellung für die  
 I. Abtheilung (rothe Karten) können noch 60-80 Mitglieder in nach-  
 folgenden Zahlstellen aufgenommen werden:  
 Otto Antrik, Cigarren-Fabrik, Steinmehstraße 59,  
 Gottfried Schulz, Cigarren-Handlung, Admiralstr. 40a,  
 M. Baginski, Buchhandlung, Dresdenerstraße (Passage),  
 Alex. Ochs, Cigarren-Handlung, Lindenstraße 59,  
 Franz Riemeyer, Cigarren-Handlung, Weberstraße 19.  
 Das Einschreibegeld beträgt wie bisher mindestens 1 Mark und der  
 monatliche Beitrag — von Dezember anfangend — 50 Pf.  
**Der Vorstand.** 2284

**Gebr. Ellinghausen, Uhrmacher,**  
 Alexanderstr. 53, Grüner Weg 46, Potsdamerstr. 4  
 Ecke Prenzlauerstr. Ecke Köpenicker. Ecke Potsdamer Platz.  
 empfehlen zu wirklichen Fabrikpreisen:  
 Gold. 14 L. Damen-Remontoir-Uhren v. 25 Mt. an  
 Gold. 14 L. Herren-Remontoir-Uhren v. 42 Mt. an  
 Silberne Cylinder-Remontoir-Uhren v. 12 Mt. an  
 Silberne Uncle-Remontoir-Uhren v. 25 Mt. an  
 Nickel-Remontoir-Uhren, gute Qual., v. 8 Mt. an  
 Regulatoren, 14 Tage gehend, v. 12 Mt. an  
 desgl. mit Schlagwerk v. 15 Mt. an  
 Gegründet 1874. Wand- und Feder-Uhren von 2 Mt. 25 Pf. an.  
 Für jede von uns gekaufte Uhr leisten 3 Jahre reelle schriftliche  
 Garantie, auch wenn die Feder springen sollte. Werkstatt für Re-  
 paraturen unter 2 jähr. schriftlicher Garantie. Golegoldkauf von  
 Corallen, Granaten und Goldsachen wirklich wesentlich unter m  
 Fabrikpreis. Nach außerhalb streng gewissenhaft, Umtausch bereitwilligt. 2119

**Albert Auerbach.**  
 Kottbusser Damm 7 (nahe der Kottbusser Gräde).  
 Schuhe und Stiefel für Herren, Damen, Kinder.  
**Spezialität: Herrenstiefel,** genagelt und auf Rand.  
 Große Auswahl in Filzschuhen und Filzpantoffeln.  
**Weersmann, Bernstein- und Elfenbein-Waaren,**  
 Spezialität: Portraits bewährter sozialistischer Führer in Cigarrenspitzen.  
 Pfeifen, Nadeln, Knöpfen und Brochen. 2094  
**S. Günzel,** Brunnenstraße 157.  
**R. Kohlhardt, Buchhandlung,**  
 part. 34. Mariannenstr. 34, part.,  
 empfiehlt sein großes Lager von  
**Spielwaaren, sowie sämtliche Leder- und Schreibwaaren.** 2081  
 hierzu eine Beilage.



## Parlamentarisches.

Die von der Arbeiterschutzes-Kommission des Reichstages eingeleitete Redaktions-Kommission, Dr. Gutfleisch (freis.), Dr. Hartmann (kons.), Letocha (Zentrum), hat ihre Arbeiten beendet und stellt eine Reihe Abänderungsanträge zur zweiten Lesung des Gesetzes im Plenum, die neben vielen rein formellen Änderungen auch einige wichtigere bringen. Am wichtigsten ist die Deklaration des Art. 184. Die Redaktions-Kommission schlägt folgende Fassung vor: „Den Unternehmern von Fabriken, in denen regelmäßig mindestens zwanzig Arbeiter beschäftigt werden, ist unterlagt, für den Fall der rechtswidrigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeiter als Schadensersatz die Verwirklichung des rückständigen Lohnes über den Betrag des durchschnittlichen Wochenlohnes hinaus auszubedingen. Auf die Arbeitgeber und Arbeiter in solchen Fabriken finden die Bestimmungen des § 125 Abs. 1 (die für Gesellen und Schiffsleute normierte Entschädigung) keine Anwendung.“ Dazu wird bemerkt: Die Redaktions-Kommission nimmt als Absicht der Gesamtkommission an: I. Für alle gewerblichen Arbeiter, beim Handwerk und in kleinen wie großen Fabriken sollen Lohnneinbehaltenungen zur Sicherung des Schadensersatzes für Vertragsbruch einen durchschnittlichen Wochenlohn nicht übersteigen dürfen. II. Eine gesetzliche Fixierung der Entschädigung für Vertragsbruch, wie sie durch § 125 Abs. 1 fakultativ eingeführt ist, soll für alle gewerblichen Arbeiter mit Ausnahme der Arbeiter in Fabriken mit 20 oder mehr Arbeitern gelten. III. In Fabriken der letzteren Art soll es den Arbeitgebern überlassen sein, durch Vertrag eine feste Entschädigung für Vertragsbruch auszubedingen. Diese Entschädigung soll a) höchstens in der Verwirklichung des rückständigen durchschnittlichen Stundenlohnes bestehen dürfen, b) nicht die Strafe angehen werden, daher nicht den Beschränkungen des Abs. 2 § 137 b. und Abs. 2 § 13 a. c. unterliegen; andererseits bei c. der Beschränkung unterliegen, daß über die Verwendung des Betrags in der Arbeitsordnung die Bestimmung getroffen wird. Ob die Ausbedingung der Verwirklichung des rückständigen Lohnes auch in der Arbeitsordnung stattfinden könne, ist in den Beschlüssen der Gesamtkommission nicht ausgedrückt. Die Redaktionskommission enthält sich der Beschlusse. Zu der Ausbedingung der Löhne an die Mindestjahre schlägt die Kommission folgende Fassung vor: (§ 107 Abs. 1 Satz 4). Die Ausbedingung erfolgt an dem Vater oder Vormund, sofern dieses verlangt, oder der Arbeiter das sechzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, andersfalls an den Arbeiter selbst.“ Dazu kann durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde bestimmt werden, daß die Gewerbetreibenden oder Vormündern innerhalb gewisser Fristen ihren Eltern oder Vormündern dieser Löhne machen. — Die grundlegende Bestimmung über die Sonntagsruhe soll also lauten: „Die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe hat für jeden Sonntag und Feiertag mindestens 24, für zwei auf einander folgende Sonntage und Feiertage 36, für das Weihnachts-, O. er- und Pfingstfest 48 Stunden zu dauern. Für Betriebe mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht, sofern sie unter § 105 d fallen oder der Bundesrat es für ein unabwendbares Bedürfnis erachtet, hat die Ruhezeit, die im Allgemeinen von 12 Uhr Nachts zu rechnen ist, frühestens 6 Uhr Abends des vorhergehenden, spätestens 6 Uhr Morgens des Feiertages zu beginnen.“

## Kommunales.

### Stadtoverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 18. Dezember.  
Der Vorsitzende, Stadtv. Dr. Ströy, eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr. Die Einführung des zum Stadtoverordneten gewählten Oberlehrers Müller findet in der üblichen Weise statt. Eine Resolution des Vereins für Reform der Schule und Erziehung ersucht die Versammlung, den Antrag des Stadtv. Stadthagen (unentgeltliche Forderung von Schulbüchern) anzunehmen. Zwei liberale Bezirksvereine und ein Papierhändler-Verein ersuchen um Ablehnung des Antrages.  
Nach Eintritt in die Tagesordnung wird auf Antrag des Ausschusses beschlossen, die Beschlußfassung über ein vom Magistrat vorgelegtes Projekt zur Verbreiterung der neuen Friedrichstraße zwischen Kloster- und Rosenstraße auszusprechen und den Magistrat aufzuordern, zunächst eine neue Baufluchtlinie für die Rosenstraße festzustellen.  
Der Ausschuss, der sich mit der Verlängerung der Kaiser Wilhelmstraße bis zur Hirtensstraße zu befassen hatte, empfiehlt der Versammlung zu beschließen:  
„daß für eine Verlängerung dieser Straße bis zur Hirtensstraße in 22 Meter Breite Baufluchten festgesetzt, daß ein Abkommen mit dem Königsstädt. Bauverein abgeschlossen werden und daß in der Richtung der Koblenstraße Baufluchten für die Verlängerung bis zur Lothringersstraße festgesetzt werden.“  
Stadtv. Bergemann ersucht den Antrag abzulehnen. Die Straße habe der Stadt bisher nur Geld gekostet und keinen Nutzen gebracht. Die Verlängerung verbessere nichts.  
Nach längerer Debatte wird der Antrag des Ausschusses angenommen.  
Es folgt die Berichterstattung über die Vorlage, betreffend die Errichtung von Bedürfnisanstalten für männliche und weibliche Personen. Der Ausschuss empfiehlt folgende Beschlußfassung:  
„Die Versammlung lehnt den Antrag des Magistrats ab.“  
Der Magistrat wird ermächtigt, die Errichtung von Bedürfnisanstalten öffentlich auszuschreiben und den Zuschlag zu erteilen.“  
Zur Zeit ab.  
Sie ersucht den Magistrat, den mit den Unternehmern Proh und Hirschberg in Betreff der Bedürfnisanstalten abgeschlossenen Verträge bis zum 1. April 1892 zu verlängern und ihr zum 1. September 1891 auf Grund der bis dahin gemachten Erfahrungen eine neue Vorlage zur endgültigen Regelung der Angelegenheiten zu übersenden.“  
Die Stadtv. Meyer I und Friederici beantragen:  
„Die Versammlung wolle beschließen: Die Versammlung ersucht den Magistrat, die mit den Unternehmern Proh und Hirschberg in Betreff der Bedürfnisanstalten abgeschlossenen Verträge bis zum 1. Juli 1891 zu verlängern und ihr spätestens Anfangs Mai 1891 eine neue Vorlage zur endgültigen Erledigung der Angelegenheiten zu geben zu lassen.“  
Der Berichterstatter des Ausschusses, Stadtv. Reichenow, teilt aus, weshalb der Ausschuss den prinzipiellen Teil des in der ersten Lesung gestellten Antrages Zubeil und Genossen: Den Magistrat zu ersuchen, die Uebernahme und den Betrieb der öffentlichen Bedürfnisanstalten in städtische Verwaltung zu über-

nehmen — abgelehnt habe. Es wurde zur Begründung des Antrages Zubeil ausgeführt, daß es Aufgabe der Stadtgemeinde sei, derartige gemeinnützige Anstalten — und das seien dieselben doch jedenfalls — in eigene Verwaltung zu übernehmen und auf eine Vermehrung derselben hauptsächlich auf den öffentlichen Plätzen und in den Parkanlagen, hinzuwirken. Letzteres sei deshalb nötig, weil man mit vollem Rechte fordern könne, daß ebenso, wie für das männliche Geschlecht bezüglich der öffentlichen Bedürfnisanstalten gesorgt worden sei, auch dem weiblichen Geschlechte Gelegenheit gegeben werde, dergleichen Anstalten benutzen zu können, mindestens aber müßten dem letzteren in jeder Anstalt 3 Zellen zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung gestellt werden. — Hierauf wurde im Ausschuss entgegnet, daß der Stadt wohl nicht aufgegeben werden könne, den Betrieb solcher Anstalten zu übernehmen. Die Einrichtung und Fortführung dergleichen Verwaltungen würden so große Kosten erfordern, daß der Gewinn, wenn sich ein solcher überhaupt ergeben sollte, in keinem Verhältnis zu dem Aufwande an Zeit und Geld stehen würde. Durch den Beschluß der Versammlung vom 16. Januar d. Z. sei ja bereits, um der ärmeren weiblichen Bevölkerung Rechnung zu tragen, die Einrichtung von 2 Zellen zur unentgeltlichen Benutzung verlangt worden, worauf der Magistrat auch bereitwillig eingegangen sei, alles, was darüber aber hinausgehe, müsse der Privatunternehmung überlassen bleiben. — Im Weiteren empfiehlt der Referent die Annahme der Ausschuss-Anträge.

Stadtv. Meyer I: Sein Antrag bezwecke nur eine Verkürzung des Terms und eine Befreiung der Arbeiter. Die von ihm vorgeschlagene Frist sei völlig genügend.

Stadtv. Zubeil empfiehlt die Ablehnung des Antrages Meyer I. Die Zeit sei zu kurz, die derselbe nur in Anspruch nehmen wolle, um in derselben neue Erfahrungen zu sammeln.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.  
Eine Reihe unwesentlicher Magistratsanträge wird debattelos angenommen.

Die Vorlage, betreffend die Festschreibung eines Mindest-Verkaufspreises für das städtische Grundstück Georgenstraße 23 wird an einen Ausschuss verwiesen.

Zu der Vorlage, betreffend das Projekt zum Bau einer Markthalle in der Wörberstraße spricht

Stadtv. Singer eine Bitte an das Markthallen-Kuratorium wegen der Anstellung und Entlassung von Beamten und Arbeitern aus. Einer Anzahl Beamten, Portiers und Markthallen-Wächter ist mit der Motivierung gelündigt worden, weil das Personal vermindert werden solle. Die Leute haben sich an das Kuratorium gewendet und dieselbe hat beschlossen, die Leute zwar zu entlassen, sie aber vorläufig noch 6 Wochen zu beschäftigen. Redner bittet das Kuratorium nun, wenn die Entlassungen wirklich notwendig seien, zunächst diejenigen Beamten zu entlassen, die zuletzt und seit Kurzem eingestellt worden seien, und nicht Leute, die seit 4, 5 Jahren in Diensten der Stadt ständen. Zudem seien, wie mitgeteilt wäre, inzwischen 29 neue Beamte für die Markthalle eingestellt worden. Dagegen es angemessener, die älteren Beamten in der Voraussetzung in Dienste zu behalten, daß sie ihre Schuldigkeit thun, oder sie in einen anderen städtischen Betrieb zu versetzen.

Stadtv. Heilmann erwidert, daß das Kuratorium die alten Beamten nicht leichtfertig entlassen habe. An Stelle der Entlassenen seien auch die 29 neuen nicht eingestellt worden.

Der Magistratsantrag wird angenommen.

Einige Rechnungen werden an den Ausschuss überwiesen.

Zwei dringliche Anträge sind eingelaufen:

Die Stadtv. Mielenz und Genossen beantragen in Erwägung, daß dem Vernehmen nach der Magistrat beabsichtigt, einseitig und ohne Genehmigung der Stadtoverordneten-Versammlung einen Vortrag bezüglich des Anschlagswesens abzuschließen, daß jedoch sowohl nach dem Wortlaut des Beschlusses vom 27. November 1890 als auch nach dem Inhalt des § 15 der in letzterer Sitzung angenommenen Bedingungen, als nach der aus den Verhandlungen der Versammlung hervorgehende Absicht, die Auswahl unter den Meistbietenden durch Gemeindefestbeschlüsse erfolgen sollte, dies auch den gesetzlichen Bestimmungen entspricht.

Die Stadtoverordneten-Versammlung wolle beschließen:

Die Versammlung erachtet den Abschluß eines Vertrages über die Verpachtung des Anschlagswesens ohne Zustimmung der Versammlung nicht für zulässig und ersucht den Magistrat um schleunigsten Bericht über die abgegebenen Gebote.

Stadtv. Singer unterstützt den Antrag Mielenz. Es sind verschiedene Schriftstücke zugegangen, wonach die Unternehmer 50 pCt. ihrer Brutto-Einnahmen an die Stadt abzugeben sich bereit erklären. Dieses hohe Angebot ist die Wirkung eines Monopols. Wie nennt man im geschäftlichen Leben Leute, die fünfzig Prozent ihrer Einnahmen an Außenstehende abgeben können? Es ist der Stadt Berlin unwürdig, auf ein solches Angebot überhaupt einzugehen. Das Anschlagswesen ist eine öffentliche Angelegenheit mit öffentlichem Nutzen und sollte von der Stadt in eigene Regie genommen werden. In dieser Weise darf es nicht ausgebeutet werden. Das Verlangen des Antrages Mielenz ist durchaus gerechtfertigt. Die Versammlung muß darüber entscheiden, wem der Zuschlag zu erteilen ist. Wir müssen die Bevölkerung vor Ueberbürdung und Prellerei schützen und dürfen nicht zu Mitbüßern von Geschäftleuten werden, die ihr Monopol so zu benutzen suchen, daß sie der Stadt 50 pCt. bieten. Hier zeigt einmal das private Wüten der Konkurrenz, in welcher schamloser Weise das Publikum ausgebeutet wird.

Stadtv. Meyer I. bestreitet, daß das Publikum geprellt werde. Der Vorteil für die Unternehmer liege hauptsächlich in dem Renommee, von der Stadt beschäftigt zu werden. Im Uebrigen empfiehlt Redner den Antrag Mielenz.

Stadtrath Voigt erklärt, daß der Magistrat noch keine Stellung zu dem Antrage genommen habe.

Stadtv. Bogherr hofft, daß der Magistrat der Versammlung dankbar sein werde, wenn sie ihm über seine Zweifel hinweghelfe. Im weiteren polemisiert Redner gegen die Ausführungen des Stadtv. Meyer I. Der Versammlung müsse das Recht gewahrt bleiben, über die Person des Unternehmers zu entscheiden. Der Antrag Mielenz wird angenommen.

Der zweite dringliche Antrag rührt von den Stadtv. Stadt-Stadthagen und Genossen her. Sie beantragen, den Magistrat zu ersuchen, die Schul-Deputation und die Deputation für die öffentliche Gesundheitspflege zu einer Untersuchung und Feststellung des Gesundheitszustandes der Gemeindeführer zu veranlassen und wenn nötig, die für eine geordnete ärztliche Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Gemeindeführer erforderlichen Mittel in den Etat einzustellen.

Gegen die Verathung dieses dringlichen Antrages protestieren 15 Stadtoverordnete unter Führung des Stadtv. Meyer I.

Dieser Protest verhindert die sofortige Verathung des Antrages.

Schluß 7 1/2 Uhr.  
Es folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

## Lokales.

Der Staatskredit des Deutschen Reiches geräth ohne Zuthun desselben, gewissermaßen von selbst, auf die schiefe Ebene, nachdem die alte Richtung, das Gros der Steuererträge für die Zwecke der Landesverteidigung und der Heeresausrüstung zu verwenden, auch unter dem neuen Kurs beibehalten wird. Daran kann der im allgemeinen günstige Stand der Reichsfinanzen für 1891/92 nichts ändern.

Der Ausgabenetat für 1891/92 beträgt 1130,65 Millionen. Seht man davon die an die Einzelstaaten vertheilten 331,35 Millionen ab, so bleiben als Ausgabe 799,30 Millionen Mark übrig, und von diesen betragen die „fortdauernden“ Ausgaben für Reichsheer und Marine 455,37 Millionen Mark. Hierin liegt der wundeste Punkt für den Staatskredit. Daneben sieben dann noch die kolossalen Summen, welche als „außerordentliche“ Aufwendungen für Heer und Marine in jedem Etat figuriren und vermöge ihrer ganz sicheren Wiederkehr auch zu den fortdauernden Ausgaben gerechnet werden könnten. Dieser Posten schwillt in einer Weise an, daß man für den Staatskredit nicht ohne Grund bangen muß. Im Jahre 1874 z. B. wurden für Reichsheer und Marine nur 287,52 Millionen laufender Ausgaben aufgewendet, im Etat 1891/92 figurirt dieser Posten mit 455,37 Millionen. Bei solcher rapiden Zunahme der Ausgaben für militärische Zwecke und bei gleichzeitiger Anhäufung von Anleihen, wie sie so schnell kein zweites Land aufgebracht hat, mußte die Kreditfähigkeit des Reiches selbstredend leiden. Betrug doch die ganze Reichsschuld bis 1887 nur 487 Millionen Mark, und gegenwärtig fast 1294 Millionen Mark, d. h. in drei Jahren hat sich die Reichsschuld um mehr als das zweieinhalbfache vergrößert. Das ist denn doch etwas zu schnell für ein so junges Staatswesen, das seine finanzielle Potenz an elementaren Ereignissen zu erproben noch nicht Gelegenheit gehabt hat.

Auch in dem neuen Etatsjahre erfordert die Heeres- und Marineverwaltung Mehrausgaben gegen die vorangegangenen Jahre. Wenn trotzdem das Gleichgewicht im Reichshaushalts-Etat ziemlich hergestellt scheint (vorausgesetzt, daß keine Nachforderungen für Militärszwecke noch nachträglich erfolgen), so ist doch wieder für außerordentliche Deckungsmittel der Betrag von 98 790 389 M. durch eine neue Anleihe aufzubringen. Da die Regierung zur Zeit noch über Anleihecredite im Betrage von 261 387 159 M. verfügt, so wären im Wege der Anleihe noch insgesamt 360 Millionen Mark zu begeben.

Wenn solche ungeheuren Summen für meist unproduktive Zwecke verwendet werden, dann kann es nicht Wunder nehmen, wenn es mit dem deutschen Staatskredit abwärts geht.

Diese Gedanken drängen sich unwillkürlich auf bei der Wahrnehmung, daß die kleine Schweiz soeben durch zwei hiesige Bankinstitute dreiprozentige Rente zu 89,80 pCt. zum Verkauf bringt. Vor nicht allzu langer Zeit brachte das „Preußen-Losortium“, dem die eine der jetzt an der Schweizer Rente theilhaftigen Banken ebenfalls angehört, die 3 pCt. deutsche Reichsanleihe zum Kurse von 87 pCt. in den Verkehr, und seitdem hat sich das Papier stets ca. 1 pCt. unter diesem Kurs gehalten, ein Beweis für das totale Mißlingen der Emission.

Das große Deutsche Reich mit seiner Weltstellung und Würde kannUMPIGE 170 000 000 M. 3 proz. Anleihe nicht zu 87 pCt. unterbringen, während die Schweiz denselben Publikum 3 proz. Rente zu einem fast 3 pCt. höheren Kurse verläuft. Freilich hat die Schweiz nicht nötig, solche Summen für ihre militärische Reputation auszugeben wie das Deutsche Reich. Daher hat auch der Staatskredit der Schweiz das Recht, vornehmer aufzutreten als der Deutsche. Die Schweiz ebenso wie Holland, Belgien und die Vereinigten Staaten erlangen ganz selbstverständlich dadurch, daß sie nur ein ganz geringes Heer, nämlich soweit es für Defensivzwecke ausreichend erscheint, unterhalten, eine wirtschaftliche Ueberlegenheit vor den Militärsstaaten, die es ganz natürlich erscheinen läßt, wenn ihr Kredit im Auslande sich hebt. Mit dem Gelde, das diese Staaten aufnehmen, werden wirtschaftliche Güter und Kräfte mobil gemacht, während mit den Militärausgaben keine Arbeit ins Leben gerufen wird. Im Gegentheil wird mit diesen Schulden die ungleichmäßige Vertheilung des Volkvermögens noch erweitert und konservirt.

Man behauptet nun, Deutschland verjage über reiche Hilfsquellen und brauche sich nicht zu scheuen, neue Anleihen aufzunehmen, da im Vergleich zu Frankreich die Steuerkraft des Reiches fast unangestastet dasteht. Das mag richtig sein, allein der Vergleich mit Frankreich ist hier ganz unangebracht. Ein Land, das die Kriegskosten für den Krieg von 1870—1871 aufbrachte, das außerdem 5 Milliarden Kriegskontribution zahlte, das zwei blühende Provinzen einbüßte, das weiterhin Milliarden in Longtang ließ, das ferner drei wirtschaftliche Krisen, wie den Bontoux, den Panamakanal- und den Kupferkrach mit einer nach Milliarden zählenden Einbuße an Nationalvermögen in den letzten 20 Jahren hinter sich hat und das trotzdem seine 3 prozentigen Anleihen 10 pCt. höher notirt sieht, als Deutschland, ein solches Land kann nicht verglichen werden mit Deutschland. Solche Reichthümer sind bei uns nicht anzutreffen. Bei uns würde jede der letztgenannten drei Krisen des Kapitalmarktes schon eine empfindliche Einschränkung der Steuerfähigkeit der ganzen Nation zur Folge haben.

Es ist daher unbedingtes Erforderniß, daß der Staatskredit nicht unnothiger Weise in so forzirtir Weise angestrengt werde. Wenn es die Budgetkommission mit ihrer Aufgabe ernst nimmt, so wird sie den Etat sorgfältig prüfen müssen. Sie wird die Interessen des Staates besser wahren, wenn sie die Ausgaben einschränkt, als wenn sie einer weiteren Vermehrung der Staatsschulden das Wort redet. Schließlich gelangen wir sonst dahin, daß unser Reichskredit hinter demjenigen Rußlands, Rumäniens und Portugals anlangt. Wir würden der Budgetkommission, welcher der Etat überwiesen ist, als Motto das Epigramm Grillparzer's ins Stammbuch schreiben:

Bei allen Dingen in der Welt  
Ist die Uebung ein großer Lehrer,  
Nur bei Anleihen ist's anders bestellt,  
Die werden, je öfter, je schwerer.

Musteranstaltliches. Es geht zu Weihnachten! Die Menschen sind darauf bedacht, sich unter einander freuden zu bereiten. Die frommen Herren insbesondere lassen ihr: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ in allen Tonarten vernehmen. Die staatlichen Anstalten sollen Musteranstalten werden und da wird wohl auch zu Weihnachten nach dem Engelgesang zugehen, so sollte man wenigstens meinen. Nun gehen wir einmal um die heilige Weihnachtszeit hinaus nach einer solchen Musteranstalt, nach der Spandauer Munitionsfabrik zum Beispiel. Es arbeiten dort gegenwärtig etwa 5000 Arbeiterinnen, Frauen und Mädchen, von denen etwa die Hälfte in Berlin und Charlottenburg wohnt. Die Direktion des genannten Institutes läßt sich weder durch die Weihnachtszeit, noch durch andere Gesetze der Menschlichkeit abhalten, gegenwärtig umfangreiche Entlassungen vorzunehmen. Die Art, wie diese Entlassungen erfolgen, ist recht interessant. Der Direktor tritt in den Arbeitsaal, wo er seit der Zeit, wo die Entlassungen begonnen haben, für die Arbeiterinnen



eine wahre Schreckens-Erscheinung ist. Mit den Worten „Kommen Sie mit!“ tritt er an eine Arbeiterin heran, „Sie auch“, sagt er zu einer zweiten, und dritten und so fort, bis er die Zahl, welche er an Arbeiterinnen zu entlassen wünscht, besimmen hat. Nun folgen die armen Weiber; höchstens ein unterdrückter Seufzer oder eine Thräne verräth, was im Innern der plötzlich Arbeitslosen vorgeht. Arbeitslos zu Weihnachten! — Alle erhalten ihren Entlassungsschein, welcher die Bemerkung enthält, daß die Entlassung „wegen Arbeitsmangel“ erfolge. Kann eine der so Betroffenen sich noch nicht schnell genug in diese verzweifelte Lage finden, so hilft die Mahnung der Beamten, sich nicht noch lange aufzuhalten, dazu, daß die Halberuflosen die Räume der Fabrik baldigst verlassen.

Die Szenen, die sich dort täglich vor der Fabrik abspielen, würden vielleicht das Herz eines reichen Privatunternehmers erweichen; die Staatsbeamten thun achselzuckend ihre Pflicht und zwar in jenen knappen Formen, die sie beim Militärdienst erlernt haben und die nun einmal nicht geeignet sind, eine an sich harte Maßregel weniger empfindlich zu machen. Frauen, die Jahre lang in der Fabrik thätig waren, stehen auf diese Art plötzlich vor einer arbeitslosen sorgenvollen Zukunft. „Ich bin Wittwe, habe vier kleine Kinder, denen ich zu Weihnachten das Allernothwendigste kaufen wollte; jetzt habe ich nicht Brot für sie“, so klagt weinend eine der Entlassenen. „Mein Mann hat seit 9 Wochen keine Arbeit, darum ging ich in die Fabrik, damit wir nicht verhungerten, und jetzt — was wird mein Mann, was werden meine armen Kinder sagen“, ruft laut schluchzend eine Andere. Solche und ähnliche Szenen spielen sich dort zu Hunderten ab.

Man fragt doch wohl mit Recht, ob diese Klünderungen denn nicht mit mehr Schonung vorgenommen werden konnten und ob sie gerade jetzt, im harten Winter, unmittelbar vor dem Feste erfolgen mußten?

Dazu kommt, daß viele der Entlassenen an den vorgeblichen Arbeitsmangel nicht glauben wollen, sondern sich ganz andere Gründe für die Entlassung zurechnen.

Thatsache ist, daß die Direktion seit einigen Monaten an die außerhalb Spandau wohnenden Arbeiterinnen wöchentlich 1 M. Fahrgehalt zahlte, die erpart wird, wenn Arbeiterinnen beschäftigt werden, die in Spandau oder in den Baracken der Fabrik wohnen.

Sodann soll auch jetzt strenger als bisher darauf gehalten werden, daß die vorhandenen Baracken möglichst voll besetzt sind. Von verheiratheten Arbeiterinnen und auch von unverheiratheten, die in Berlin wohnen, werden diese Baracken gern gemieden. Tagzogen kommen jetzt allerdings aus den östlichen Gegenden ländliche Arbeiterinnen in großer Zahl nach Spandau und nehmen, wenn sie sonst Beschäftigung in der Fabrik bekommen, mit Vergnügen in den Baracken Aufenthalt, ja sie sind auch gern bereit, wenn sie Unterkommen haben, sehr billig zu arbeiten, da auf dem Lande jetzt nichts für sie zu thun ist.

Nun, vielleicht veranlaßt die Direktion ihren braven Barackenbewohnern einen feierlichen Weihnachtsabend, und wenn diese unverheiratheten, sorglosen Arbeiterinnen recht lustig und vergnügt sind, dann erinnert sich die Direktion auch wohl der hunderte armer Weiber, die sie kurz vor Weihnachten ins Elend geschickt hat! — Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!

Was die Polizei thut, das ist wohlgethan. Berechtigtes Aufsehen erregte es, selbst in nicht sozialistischen Kreisen, als vor einiger Zeit ein sozialdemokratischer Redner noch während seines Vortrags von dem überwachenden Polizeibeamten verhaftet und auf die Polizeiwache geführt wurde. Allgemein war man der Meinung, der Beamte hätte damit seine Amtsbefugnisse weit überschritten. Daher reichte das Bureau der Versammlung sofort eine Beschwerde bei dem Polizeipräsidenten ein. Hierauf ist nun folgender Bescheid gekommen:

„Ich erwidere ich auf die Eingabe vom 11. d. M. ergebenst, daß ich das Verfahren des die öffentliche Schuhmacher-Versammlung vom 10. d. M. überwachenden Beamten nicht zu mißbilligen vermag und deshalb die Beschwerde als unbegründet zurückweist. Die Ausführungen des Referenten Baginski waren geeignet, für den Beamten die Annahme zu begründen, daß die fernere Theilnahme dieses Redners an der Versammlung die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden würde. Der überwachende Beamte war deshalb berechtigt, von der ihm nach § 6 des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit (I) vom 12. Februar 1860 (S. S. 45) zustehenden Befugnis Gebrauch zu machen und Baginski für die Dauer der Versammlung in polizeiliche Verwahrung zu nehmen.“

(gez.) Der Polizeipräsident.

Man sieht, wie bedacht die Polizei gegen die Bedrohung der Ruhe und öffentlichen Ordnung durch die Sozialdemokraten ist. Selbst aus alten vergilbten Papieren werden bei jeder Gelegenheit Gesetzesbestimmungen und Polizeiverfügungen hervorgeholt.

Der aus dem Jahre 1850 angezogene Gesetzesparagraf dürfte bei einer schneidigen Handhabung nach pottlamerlichem Muster auf unser ganzes Vereinsleben tief einschneidend wirken. Damit hätte die Polizei einen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit anwendbaren Ersatz für die bekannte Auslöschungsbestimmung des verstorbenen Gesetzes gegen die „gemeingefährlichen“ Bestrebungen der Sozialdemokratie gefunden.

In dem „Freiheitsstaat“ Sachsen steht den überwachenden Polizeibeamten nur das Recht zu, einem Redner das Wort zu entziehen. Hier bei uns wird die Freiheitsbestimmung also noch weit überflüssig.

Jedenfalls dürfte es rathsam sein die Verächtlichkeit dieser Polizeibestimmung durch alle Instanzen zu verfolgen.

Eine Verbrennung im Wege der Steuerrevoluktion fand am Dienstag auf dem Postamt in der Ritterstraße statt. Zwei Brüder, welche in einer hiesigen Tischlerei beschäftigt sind und erst seit einigen Wochen, aus Dänemark kommend, hier Aufenthalt genommen haben, erhielten von einem Postboten die Befehle, sich auf dem vorbezeichneten Postamt einzufinden, da dort ein Paket für sie angekommen sei. Beide begaben sich dorthin, wo der anwesende Beamte ihnen mit einiger Mühe — die beiden Brüder verstehen und sprechen nur mangelhaft deutsch — karmachte, daß eine für sie in einem Postpaket aus Dänemark angelommene Wurst beschlagnahmt worden sei, weil sie aus einem als „verseucht“ zu erachtenden Gebiete eingeführt wurde und deshalb den Adressaten nicht ausgeliefert werden dürfe, sondern verbrannt werden müsse. Es wurde den Adressaten freigestellt dem sofort vorzunehmenden Akte der Verbrennung persönlich beizuwohnen. In einer etwaigen Erklärung aufgefodert, ließ der eine der beiden Dänen die Worte vernehmen, „Tut mir weh“; er wollte wohl sagen, es thue ihm leid. Auf ihre Anwesenheit bei dem Verbrennungskakte verzichteten die beiden, aus dem sehr begreiflichen Grunde, weil es ihnen kaum einen Genuß bereitet haben würde, ihre heimathliche Wurst von der Flamme der deutschen Reichssteuerbehörde verzehrt zu sehen. Die dänische Wurst wanderte also nicht den Weg alles Fleisches, sondern ins Feuer, und der eine der beiden dänischen Brüder hat ihr einen trübenden Nekrolog geschrieben in Form einer Vorstellung an die Steuerbehörde, worin er ausführt, daß es doch sehr unrecht sei, die „süße Wurst, die unsere Mutter uns so lange verschprochen und zu Weihnachten geschenkt, wie ein Schwein zu behandeln“. Voraussichtlich wird nun den beiden jungen Dänen zu Weihnachten der Genuß zu Theil, von Steueramt eine Belehrung über die Gründe der Beschlagnahme zu erhalten, die zweifellos nach dem Schweinefleisch-Verbot, das für die dänische Grenze besteht, statigebunden hat.

Durch eine Verfügung des Markthallen-Auktatoriums war bestimmt worden, daß der Verkehr in den Markthallen an dem Vorabend vor dem Weihnachtsfeste schon um 7 Uhr, also eine Stunde früher geschlossen werden sollte. Natürlich rief das bei den Händlern und Klein-Gewerbetreibenden, welche bei dem

Handel in den Markthallen mitbetheiligt sind, große Mißstimmung hervor, sie glaubten sich dadurch erheblich geschädigt. Die Bestimmung zeigte von einer rigorosen Rücksichtslosigkeit gegenüber dem laudenden Arbeiterpublikum, welches nur auf die späteren Abendstunden für ihre Einkäufe angewiesen ist. Es war daher eine energische Agitation ins Werk gesetzt worden gegen die eigenhändige Verfügung und es war eine große Protestversammlung dagegen geplant. Am Morgen des Tages, an welchem die Versammlung stattfinden sollte, erließ der Direktor des Markthallen-Auktatoriums in der „Vossischen Zeitung“ eine Erklärung, wonach nur „irrtümlich“, statt acht Uhr, sieben Uhr angegeben worden sei, die Markthalle würde um 8 Uhr geschlossen werden — merkwürdig, daß hierzu noch eine Bekanntmachung notwendig war, denn um 8 Uhr wird die Markthalle in der Woche stets geschlossen.

Diesem Umstande sowie auch dem gerade unter den Klein-gewerbetreibenden vorherrschenden Indifferentismus dürfte es wohl zuzuschreiben sein, daß die Versammlung, welche zu Mittwoch Abend nach dem großen Saale der Brauerei Friedrichshain einberufen war, infolge zu schwachen Besuchs nicht tagen konnte. Diese indifferenten Handelsleute schlugen sich damit selbst ins Gesicht; beabsichtigt war, durch eine von einer großen Versammlung angenommene Resolution auf die Markthallen-Verwaltung den Druck auszuüben, daß die Markthallen ebenso wie am Sonnabend auch an den Vorabenden vor Feiertagen eine Stunde später, um 9 Uhr, geschlossen würden.

Die Lokalkommission von Adlershof sieht sich veranlaßt, wegen des nahe bevorstehenden Weihnachtsfestes und der an den Feiertagen stattfindenden Tanzvergnügen den Arbeitern die Lokale in Erinnerung zu bringen, deren Inhaber sich weigern, ihre Säle zu Arbeiterveranstaltungen herzugeben, ebenso welche sich weigern, das „Berl. Volksbl.“ und „Berl. Volkstribüne“ auszuliegen. Es sind Wöllkeins Lustgarten (Inhaber Wiedemann und Manofski), Leopold, Stippeloh, Albrecht und Schwabe. Arbeiter aller Orts, schon ein volles Jahr stehen wir mit jenen Wirthen im Kampf und noch immer haben wir Nichts erreicht, es steht uns noch kein größeres Lokal zur Verfügung, in welchem wir Versammlungen abhalten können, trotzdem die in Adlershof wohnenden Arbeiter mit Ausnahme einiger Indifferenten, alle treu zur Sache halten und jene Lokale meiden. Es sind gerade die Arbeiter aus Köpenick und Alt- und Neu-Blinche, welche des Sonntags zu uns herüber kommen und jene Lokale füllen. Mit welchen Gefühlen wir es sehen müssen, wie die eigenen Arbeitsgenossen uns schädigen, wird jeder rechtlich Denkende zu begreifen wissen.

Darum, Arbeiter, wir appelliren an Euer Solidaritätsgedühl, helft und bessere Zustände schaffen, meidet diese Lokale, und wenn die Herren Lokalbesitzer sehen, daß ihnen keine Arbeiter-groschen mehr zustieken, dann werden sich dieselben erinnern, daß sie doch nur von den Arbeitern leben, dann werden sie uns auch ihre Säle zur Verfügung stellen.

Der in Adlershof in Lokale verkehren will, der gehe zu Hecht (Genossenschafts-Wirthshaus), Kuhle und Miffereer. Diese Lokale stehen den Arbeitern offen.

Die Geheimnisse des „grünen Wagens“ werden uns von Einem, der dieselben kennen gelernt hat, geschildert und zwar in einer Weise, die uns ernste Bedenken an der Nichtigkeit der betreffenden thätlichen Mittheilungen erregt. Wenn wir diese letzteren dennoch veröffentlichen, so thun wir dies in der Erwartung, daß die Polizei vielleicht Veranlassung nimmt, die für den Transport Verhafteter mit dem Jellenwagen bestehenden Vorschriften öffentlich bekannt zu geben, damit Jeder, der in die Situation kommt, sich diesem Beförderungsmittel anvertrauen zu müssen — und wer wäre heutzutage davor ganz sicher? — sich die Genüsse, die dort seiner harren, im Geiste einigermaßen ausmalen kann. — Der Betreffende schreibt uns Folgendes:

„Ich wurde am Donnerstag von einem wohlhablichen Polizeirevier wegen einer zu verübenden Strafe von zwei Tagen Haft sistirt und nach dem königl. Polizeipräsidenten am Marktenmarkt gebracht, wo ich von 8 1/2 bis 10 Uhr Vormittags verweilte; dann wurde ich mit dem grünen Wagen, der zuerst eine Tour nach Moabit machte, nach der Perlebergerstraße befördert. Auf der Tour nach Moabit saßen nicht weniger als 22 Personen in dem Wagen, und zwar 21 männliche und eine weibliche. Am bequemsten saßen die beiden, welche in den vorhandenen Eckstühlen untergebracht waren, sie wurden wenigstens nicht gedrängt, während 20 Personen in dem übrigen Raum des Wagens buchstäblich aufeinanderdrückten. Den weiblichen Häftling, eine Hebeamme aus der Potsdamerstraße, hörte ich mehrmals laut höhnen und sah, wie die Frau nach Altem rang. Ob die Ursachen ihrer Verurtheilungen in ihrem Gemüthsstande oder in unseren Raumverhältnissen zu suchen waren, kann ich nicht mit Sicherheit sagen. Um 11 1/2 Uhr wurde ich endlich, nach längerem Verweilen in Moabit, wo die Mehrzahl der Inassen des Wagens ausstieg, in das Gefängniß der Perlebergerstraße eingeliefert.“

Der Verleberer schildert dann noch die Belästigung in „Perleberg“. Erst um 6 Uhr Abends habe er ein Stückchen Brot und einen Napf Mehlsuppe erhalten, die „angebrannt“ geschmeckt habe. Nun, das wäre möglicherweise Geschwätz. Aber der grüne Wagen mit 22 Inassen, darunter eine „Dame“, das geht ja beinahe über die viel besprochene „Berliner Porzellanzuhre“!

Am 16. d. Mts. ließ eine Mutter ihr 1 1/2-jähriges Kind mit einer brennenden Stearinkerze allein in der Küche, während sie auf kurze Zeit ausging. Als sie in die Küche zurückkehrte, fand sie das Kind auf einem Stuhl knieend, mit dem Licht in der Hand und mit brennenden Kleidern vor. Obgleich es der Mutter gelang, die Flammen zu erlöchen, so hatte das Kind doch so schwere Brandwunden erlitten, daß es daran gestorben ist.

Ein ziemlich bedeutender Diebstahl ist gestern ausgeführt worden. Die in dem Erdgeschoß des Quergebäudes des Hauses Barnimstraße 15 wohnenden Kohlenhändler W. J. H. Geleute begaben sich gestern Vormittag um 9 1/2 Uhr nach ihrem in dem dritten Hofe desselben Grundstückes belegenen Kohlenplatz. In der Wohnung, welche nicht verschlossen wurde, blieb ein vierjähriges Kind im Bette liegend allein zurück. Als nun Frau W. nach Verlauf einer Viertelstunde von dem Kohlenplatz zurückkehrte, fragte das Töchterchen ihre Mutter, wer denn die Frau gewesen sei, welche das Geld geholt habe. Hierdurch wurde Frau W. veranlaßt, in dem verschlossenen gehaltenen Schubfahne des Wäschepins nachzusehen, ob das darin aufbewahrte Geld noch vorhanden sei. Es fehlten 2000 M. in baarem Gelde und zwei Sparbüchsen über 900 M. Hieron befanden sich 1300 M. in Gold in einem kleinen weiß gestreiften Beutel, welcher wiederum in einen Leinwandbeutel gesteckt war. Die Diebin, welche genau gewußt haben muß, daß die W. J. H. Geleute in Besitz von Geld waren und auch den Aufbewahrungsort kannte, ist mit großer Sicherheit Werke gegangen. Nachdem sie die Gelegenheit ausgenutzt hatte, erklärte sie dem Kinde, daß dessen Mutter gleich zurückkommen würde, nachdem sie das nöthige Holz zerhackt haben würde; sie, die Diebin, sollte ihr Geld aus der Wohnung holen. Das Töchterchen vernahm nichts weiter zur Beschreibung der Persönlichkeit anzugeben, als daß dieselbe mit Sammetrock und Umschlagetuch bedeckt gewesen sei.

Ein Kandidat der Chyologie, welcher in der Straße 35 ein möbliertes Zimmer inne hat, hörte, als er am 15. d. Mts., Nachmittags, sich allein in seiner Wohnung aufhielt, ein leises fortwährendes Klopfen an der Stubenthür. Er näherte sich dieser leisen Schritte, öffnete sie dann plötzlich und sah sich einem gut gekleideten Mann in gebückter Stellung gegenüber. Dieser, offenbar auf eine Ueberraschung vorbereitet, verlor die Ruhe nicht, stellte vielmehr die Frage, ob Herr Müller hier wohne, und ließ sofort die Treppe hinunter. Als hiernach die Thür untersucht wurde, konnte der Besuch, ein Loch in dieselbe zu schneiden, festgestellt werden. Nach Aussage der Wirthin hat bereits vor

einigen Wochen ein Mann, auf welchen die Beschreibung paßt und welcher eine Brille trug, an der Thür des Kandidaten geklingelt und gleichfalls nach der Anwesenheit eines Lehrers Müller gefragt. Es dürfte mit Sicherheit angenommen werden können, daß es auf einen Einbruch abgesehen gewesen ist.

Polizeibericht. Am 16. d. Mts. Abends kam ein in der ersterlichen Wohnung, in der Wilsonstraße, auf kurze Zeit unbesichtigte gelassenes zweijähriges Kind einem Lichte zu nahe, so daß die Kleider in Brand geriethen. Hierbei erlitt das Kind so schwere Brandwunden am ganzen Körper, daß es bald darauf verstarb. — In der Nacht zum 17. d. M. wurde auf dem Anhalter Bahnhof, dicht vor der Bahnhofhalle, der mit dem Bogen von Eisenbahnwagen beschäftigte Arbeiter Scheffler von einem Zuge überfahren und erlitt eine sehr schwere Verletzung des rechten Arms, so daß er nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Als am 17. d. M. Vormittags eine Spritze nach dem Hause Weinmeisterstraße Nr. 4 eilte, schleuderte sie auf dem glatten Pflaster gegen einen Omnibus. Hierbei erlitt ein Feuermann bedeutende Quetschungen des Oberkörpers und mußte nach der Universitäts-Klinik gebracht werden. — Nachmittags wurde eine Frau in ihrer Wohnung, in der Pappel-Allee, erhängt vorgefunden. — Zu derselben Zeit stürzte eine Frau vor dem Hause Admiraalstraße Nr. 40 beim Absteigen von einem Pferdebahnwagen zur Erde und brach den linken Oberarm. — In der Nacht zum 18. d. M. fiel vor dem Hause Alexandrinenstraße 34 infolge der Glätte ein Mann und erlitt einen Bruch des Handgelenks. — Am 17. d. M. und in der darauffolgenden Nacht fanden sieben kleinere Brände statt.

## Gerichts-Beitrag.

Der Gewerkschaftsprozess in Magdeburg.

Magdeburg, 17. Dezember.

Der heutige Tag brachte endlich die Verhandlungen zum Abschluß; das Urtheil wird aber erst morgen Mittag gesprochen werden.

Von den Zeugenaussagen ist die des Baumeisters Kessler bemerkenswerth.

Zeuge Kessler erzählt, daß ihm bald, nachdem er sich in Magdeburg niedergelassen, von einzelnen Genossen der Wunsch geäußert worden sei, eine sogenannte Generalkommission ins Leben zu rufen. Man habe sich an ihn gewandt, weil er sich schon früher für Gründung solcher Zentralkomitees ausgesprochen habe. Es sei ihm der politische Charakter dieser Generalkommission sofort klar gewesen und da nach seinem Wunsch auch die Fachvereine politisch sein sollten und die meisten derselben auch politische Vereine seien, so habe er von Anfang an davor gewarnt, den § 8b. des Vereinsgesetzes zu übertreten, indem die Kommission in Verbindung mit den Fachvereinen tritt. Demnach habe er das Bestehen und Wirken einer solchen Kommission nach dem Vereins-gesetz für möglich gehalten; er habe vorgeschlagen, die Delegirten zur Kommission in öffentlichen Versammlungen zu wählen; es habe ihm dabei ferngelegen, das Gesetz zu umgehen, im Gegentheil, er wollte gerade auf dem Boden des bestehenden Gesetzes stehen bleiben. Zweck der Kommission hätte nach seiner Meinung sein sollen die Verhinderung unnützer Ausschüsse, die Regelung des Versammlungswezens, Einwirkung auf die Kommunalverwaltung durch Petitionen und Resolutionen, überhaupt das Eingreifen von Maßregeln, welche dem Wohle der arbeitenden Klassen förderlich sein konnten.

Es folgen hierauf die Plaidoyers des Staatsanwalts und der Verteidiger.

Staatsanwalt Tribüne hält die Anklage gegen alle Angeklagten voll aufrecht mit Ausnahme des Vorsitzers des Vereins der Eisenarbeiter, der Angeklagten Horn, Schaper und Deneke und der beiden Angeklagten Neubern und Kloniger. Der Eisenarbeiter-Verein sei nie mit der Generalkommission in Verbindung getreten; die Angeklagten Neubern und Kloniger seien, als die Delegirtenwahl zur Generalkommission vorgenommen worden, nicht Vorstandsmitglieder des betreffenden Vereins gewesen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Adolf Schulze 1 Monat Gefängnis, gegen Schöck 3 Wochen, gegen Schrader 2 Wochen, gegen Pichler 12 Tage, gegen Henning 12 Tage, gegen Thomas und Buhies als Zusatzstrafe je 5 Tage und gegen alle übrigen auf 10 Tage Gefängnis.

Die Verteidiger traten für völlige Freisprechung ihrer Klienten ein, da sie den Schulddeweis durch die Verhandlung als nicht erbracht ansahen.

Aus Magdeburg meldet und ein Privat-Telegramm: Das Urtheil in dem großen Magdeburger Gewerkschaftsprozess ist heute Mittag gefällt worden. Der Gerichtshof hat sich den Ausführungen der Staatsanwaltschaft in Prinzip angegeschlossen und hat in dem Verhalten der meisten Angeklagten eine Uebertretung des § 8b des Vereinsgesetzes erblickt. Bezüglich des Strafnahmses ist jedoch das Gericht bedeutend unter das von der Staatsanwaltschaft beantragte heruntergegangen. Von den 49 Angeklagten sind 16 freigesprochen worden, weil ihnen eine Mitwirkung bei dem Zusammen-treten nicht nachgewiesen werden konnte. 32 Angeklagte sind mit Geldstrafen von 100—150 M. belegt worden. Gefängnisstrafen und zwar solche von zwei bis fünf Jahren haben nur die beiden Vorsitzenden der Generalkommission, die Angeklagten Schulze und Schöck erlitten. Außerdem sind 14 von den in Frage kommenden Fachvereinen geschlossen worden. Nur die Vereine der Korbmacher, Formner und Eisenarbeiter bleiben bestehen.

Die Schließung der Vereine ist freilich die Hauptsache; darauf war es bei Einfödelung des Hiesigenprozesses ja jedenfalls abgesehen.

Von Herrn Dr. F. Mehring erhalten wir folgendes Schreiben: Verehrter Herr Redakteur! In Ihrer gestrigen Nummer veröffentlichte Sie eine Berichtigung des Rechtsanwalts Jonas zu Ihrem Berichte über die Gerichtsverhandlung Brahm gegen Mehring. Meinerseits habe ich davon absehen zu sollen geglaubt, Sie mit einer Berichtigung zu diesem Berichte zu befehlen; da die Gegenpartei sich aber in dankenswerther Weise bemüht, die Ungenauigkeiten desselben klar zu stellen, so mag ich mich in diesem Eifer für die Herstellung der historischen Wahrheit nicht übertreiben lassen, und ich ersuche Sie, mir die Berichtigung gestatten zu wollen, daß die dem Rechtsanwalt Jonas von Ihrem Berichte in den Mund gelegte Aeußerung, die Entlassung des Klägers Brahm seitens der „Vossischen Zeitung“ sei „ganz anderen Gesichtspunkten“ erfolgt, als den von mir angegebenen, eine leicht mißzuverstehende Wiedergabe seiner Aeußerungen ist. Die Sache war in Kürze die, daß die Gegenpartei, obgleich sie den Termin einmal hatte vertragen lassen, doch erst einen Tag, bezw. drei Tage vor der Hauptverhandlung am 12. d. M. mich davon benachrichtigten ließ, daß sie zwei Zeugen habe laden lassen, welche beiläufig Beide dem Kläger befreundet waren und von denen jedenfalls nur einer aus zweiter Hand befragen konnte, aus welchen Gründen der Kläger Brahm von der „Vossischen Zeitung“ entlassen worden sei. Unter Hervorhebung jener verspäteten Benachrichtigung beantragte mein Anwalt, Herr Rechtsanwaltschafts-Raufmann, in dem Termine am 12. d. M., doch lieber die erste Hand, nämlich den Eigenthümer und den Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, über jene Gründe abzufragen. Dem widersprach der Klägersche Anwalt, erstens weil ich frühzeitig genug von der Ladung seiner Zeugen benachrichtigt worden sei, um meine Gegenmaßregeln treffen zu können — eine Behauptung, welche der Vorsitzende des Schöffengerichts aus den Akten sofort als unzutreffend feststellte, — zweitens aber, weil alle, was die Herren Lesing und Stephan von der „Vossischen Zeitung“ bezugten könnten, von seinen Mandanten ohne Weiteres gegeben wurde, insbesondere also auch die Entlassung Brahms seitens dieses Blattes wegen eines, in der „Frankfurter Zeitung“ über das Wallner-Theater erschienenen Artikels. Sein Mandant wollte nur beweisen, daß dieser mit seinem



Korrespondenzzeichen (D. B.) verfeiner Artikel gleichwohl „ohne sein Zutun“ veröffentlicht worden sei.  
Wenn somit der Rechtsanwalt Jonas in seiner von Ihnen veröffentlichten Verächtigung bemerkt, daß ich „meine Behauptungen zu beweisen haben werde“, so trifft er den Nagel auf den Kopf, und ich bin von dieser Verächtigung so tief durchdrungen, daß ich gar nicht sagen kann, wie schmerzhaft mich sein — glücklicher Weise erfolglos — Widerstand gegen meine Beweisanträge be-  
rührt. Er muß aber nur nicht gar zu übel davon denken, wenn ich nicht von vornherein darauf gefaßt war, daß „Berufsgenossen“ Brahm — so nennt er sich nämlich in seiner Klageschrift — sich „schwer beleidigt“ fühlt und auf meine „streng Verurteilung“ bringt, weil ich ihn für einen, von einem großen Blatte unter seinem Schriftstellerzeichen veröffentlichten Artikel verantwort-  
lich gemacht habe. Denn dies Verfahren liegt zwar keineswegs „jenseits von gut und böse“, aber jenseits alles dessen, was ich in zwanzig Jahren je von „Berufsgenossen“ erlebt habe. Hochachtungsvoll und ergebenst F. Mehring.

## Verfassungen.

Der Verein der Klempner Berlins und Umgegend hielt am 15. d. Mts. eine Versammlung ab, in welcher Herr Schweiger einen Vortrag über „Berufstätigkeit“ hielt. Referent bedauerte, daß man in Deutschland die Berufstätigkeit nicht genügend beachtet, während sie in anderen Staaten schon von den Regierungen in die Hand genommen worden sei. Die Statistik sei eine Waffe in den Händen der Arbeiter, weil sie zahlengemäß Roth und Elend zeigen können. Wenn der Maler z. B. pro Woche 24 M. verdient, so sei dies durchaus nicht sein Durchschnittslohn, da er im Winter und oft genug auch im Sommer arbeitslos ist, in welcher Zeit er doch auch leben müsse. Redner empfiehlt den Klempnern, die Fragebogen, welche vom Verein ausgegeben worden sind, recht wahrheitsgetreu auszufüllen. Nachdem Redner die einzelnen Fragen des Fragebogens behandelt und erläutert hatte, schloß er seinen Vortrag unter reichem Beifall. — Kollege Gimpel wurde in die Arbeitsnachweis-Kommission gewählt. Sodann kamen die Versammlungsberichte im „Berliner Volksblatt“ zu Sprache. Kollege Schmit meinte, wir müßten uns zurückgesetzt fühlen, da von anderen Vereinen die Berichte viel vollständiger erschienen, als die von uns eingereichten. Man könne ein derartiges Verhalten der Redaktion nicht gutheißen. Ist zu wenig Platz im Blatt vorhanden, so sollte man die Bessererklärungen weglassen, die keinem Zweck nähren. Kollege Köhler war der Ansicht, daß Genosse Liebknecht Schuld daran sein müsse, da diese Vernachlässigung sich erst bemerkbar macht, seitdem er als Oberredakteur am „Berliner Volksblatt“ fungiert, und schloß daraus, daß Liebknecht ein Gegner der Gewerkschaftsbewegung sei. Diese Behauptung wurde jedoch von Weber und Bräuer widerlegt; beide Redner wiesen darauf hin, daß gerade Genosse Liebknecht sich die Förderung der Gewerkschaften angelegen sein läßt. Ferner seien Parlamentsberichte wichtiger, als lange Berichte über Vorträge, welche schon oft in der Zeitung zu lesen waren. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die Versammlung des Vereins der Klempner Berlins und Umgegend protestiert gegen das Verhalten der Redaktion des „Berliner Volksblattes“ gegenüber einzelnen Gewerkschaften, weil sie zu kurze und abgeschmackte Versammlungsberichte zu Tage fördert, und erachtet die Redaktion, in dieser Sache gleiches Recht walten zu lassen.“  
Ferner wurde noch der Antrag angenommen, 100 Mark an den Vertrauensmann Mehger nach Hamburg für die ausgesperrten Arbeiter der verschiedenen Branchen zu schicken. — Einem weiteren Antrage gemäß wurden noch 30 M. für die in Berlin gemafregelten Frauen und Drucker bewilligt. Zum Schluß verlas der Vorsitzende folgendes Antwortschreiben des Polizeipräsidenten von Nichthofen: „Auf die Eingabe vom 30. Oktober d. J., eröffne ich Eurer Wohlgeho-  
ren ergebenst, daß ich nach vorheriger Sachunterstützung des Polizeikommissars, welcher die Vereinsversammlung am 29. Oktober d. J., überwacht hat, angeordnet habe, beim Erfordern von Auskunft über die Person der Redner sich lediglich an den Vorsitzenden zu halten. Der Polizeipräsident v. Nichthofen. — Es wollte nämlich ein Beamter in einer Versammlung einen Redner zur Wache führen lassen, weil dieser die Angabe seiner Adresse verweigerte.“

So willkommen uns jede sachliche Kritik ist, und so nützlich wir sie für das Blatt und die Partei halten, so entschieden müssen wir uns gegen den Protest verwahren, den die obige Versammlung angenommen hat. Er ist in allen Punkten unzutreffend. Wir bevorzugen keine Gewerkschaft und sehen keine Zurück. Bei der Kürzung von Versammlungsberichten entscheiden nicht persönliche, sondern allein sachliche Gründe. Wir sind es unseren Lesern schuldig, auch den Vereins- und Versammlungstheile unseres Blattes belehrend und interessant zu gestalten und ihn von Langeweile und Eintönigkeit zu befreien. Diese Fehler sind aber unvermeidlich, wenn wir nicht aus den Berichten alles Ueberflüssige schonungslos streichen.

Zu dem Ueberflüssigen gehört in erster Linie jede Wiederholung. Ist über den Vortrag eines Referenten einmal berichtet worden, so sind damit alle billigen Wünsche erfüllt. Es geht unmöglich an, daß wir zehnmal über denselben Vortrag berichten, wenn der Referent, wie es häufig geschieht, zehnmal in verschiedenen Vereinen über dasselbe Thema und in derselben Weise spricht.

Wir müssen ferner aus den Berichten alles fernhalten, was für die Oeffentlichkeit belanglos ist. Ein Bericht ist kein Protokoll; das wird nur zu häufig von den Schriftführern übersehen.

Und dritten sind wir gezwungen, alle Weiterschweifigkeiten aus den Berichten zu entfernen. Man kann oft mit wenigen Worten sagen, was in vielen Sätzen unverständlich dargestellt wird. Wir müssen mit dem Maße im Blatte haushälterisch umgehen. Jeder Theil hat sein Recht. Würden wir die Vereins- und Versammlungsberichte ungekürzt aufnehmen, so könnten wir an manchen Tagen die ganze Zeitung damit füllen und brauchen noch Extra-Beilagen. Und das würde wohl auch dem Verein der Klempner nicht recht sein.

Das sind die Grundzüge, von denen die Redaktion bei der Zeitung des Vereins- und Versammlungstheiles nicht abgehen kann. Wir haben sie ausführlich zur Kenntniß unserer Leser gebracht und hätten nur den Wunsch, daß sie beachtet würden.

Was Liebknecht betrifft, so ist derselbe zu allen Zeiten ein Freund der Gewerkschaftsbewegung gewesen; er hat wohl zuerst in Deutschland — schon zu Anfang der sechziger Jahre — Vorträge über die englischen Trades Unions gehalten und für die gewerkschaftliche Organisation der deutschen Arbeiter gewirkt; er hat stets diejenigen be-  
kämpft, welche die Gewerkschaftsbewegung bei Seite setzten oder als Stiefkind behandeln wollten; und er ist bis in die neueste Zeit in diesem Sinne thätig gewesen.

Die Redaktion des „Berliner Volksblatt.“

Eine Arbeiterinnenversammlung  
tagte am Dienstag Abend in Süd-Ost unter Leitung des Herrn Schmidt und der Frau Bierck. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Stadtv. Heindorf über die störenden Einwirkungen auf die Arbeiterinnenbewegung. Der Referent führte aus, daß ebenso wie den Arbeitern in ihren Bekleidungen, sich zu organisieren, auch den Arbeiterinnen hierbei alleseitige Himmnisse in den Weg traten. Da stellten sich ihnen die Kapitalisten entgegen. Besonders machte sich das gegenüber der Arbeiterinnenbewegung geltend. Denn hier fürchteten die Kapitalisten, daß eine ihren Ausbeutungsgelüsten widerstandslos entgegenstehende Arbeiterklasse thätigster ihnen entgegen-  
treten könnte, wenn sie sich fest zusammenschließen und in ihren Reihen für Aufklärung sorgen würde. Aber nicht nur durch die Unternehmer erwachsen den Organisationsbestrebungen der Arbeiter heftiger Widerstand, sondern auch auf Seiten der Arbeiter selbst hat sich ein solcher außerordentlich fähbar gemacht. Da war es der Indifferenzismus der Massen auf der einen Seite und auf der anderen Seite zeigte sich die störende Einflüsse, welche der Egoismus der Einzelnen verursachte. Es darf weniger Verwunderung erregen, daß bei den Frauen die Unwissenheit, der Unverstand noch in so hohem Grade vorherrscht. Hierbei trägt die falsche und einseitige Erziehung die Hauptschuld. Durch die seit Jahrhunderten währende Herabdrückung der Frau zu einer Person zweiten Ranges, zu einer Sklavin des Mannes, welcher jede Selbstthätigkeit im öffentlichen Leben verschlossen war, ist begreiflicher Weise auch jedes Interesse daran bei der Frau geschwunden. Nur sehr schwer hält es daher, sie aufzuklären. Der zweite Punkt aber, welcher auf die Entwicklung der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung störend einwirkt, der Egoismus ist schon ein bedeutend verwerflicherer Faktor. Bedauerlich ist es, daß selbst bei vorgeschrittenen Arbeiter so häufig die Selbstsucht zum Schaden der Gesamtheit zu Tage tritt. Nicht allein, daß man sich in den Werkstätten gegenseitig um das tägliche Brod bekämpft, streitet man sich in den Organisationen theils aus persönlicher Eitelkeit, theils aus anderen persönlichen Gründen um untergeordnete Fragen herum. Auf diese Weise kommt man dann von den vorgestellten großen Zielen ab. Wenn es uns daher ernst ist, weiter zu kommen, müssen wir danach trachten, wie wir diese Himmnisse am schnellsten aus dem Wege räumen können. Die herrschenden Klassen haben bisher stets sich bemüht gezeigt, die Massen in Dummheit und Gefügigkeit zu erhalten. Auf deren Entgegenkommen dürfen wir also keineswegs rechnen, sondern die Arbeiter müssen zu der Erkenntnis gelangen, daß sie nur aus eigener Kraft vorwärts kommen können, sie müssen deshalb ängstlich wachen, daß alle persönlichen Zwistigkeiten in ihren Vereinigungen vermieden werden und dort wo sie ankommen wollen, müssen sie sofort unterdrückt werden. Da bisher durch die Befehlsgebung wenig für die arbeitenden Klassen gethan ist, müssen diese suchen, die gefeh-  
lende Macht in ihre Hände zu bekommen. Um gegen dieses anzukämpfen, ist erforderlich, daß Mann und Frau Schalter an Schalter marschieren. Die Männer müssen vor allen Dingen darauf achten, daß die Frauen nicht weiter die bei ihnen sehr beliebte Schundliteratur und -Presse lesen, welche ihre Aufklärung keineswegs fördert, vielmehr eher verringert. Auch die Frauen müssen die Schriften und Zeitungen lesen, welche gegen die Lüge auftreten und sie somit über ihre wahre Massenlage belehren. (Beifälliger Beifall.)

Die Diskussion, welche sich über den Vortrag entspann, wurde eine sehr lebhafte. Es theilte sich an ihr eine ganze Reihe von Rednerinnen und Rednerinnen. Stabernat bespricht nochmals den Egoismus; während vor wenigen Jahren die Arbeiterinnenbewegung auszubilden sahen, sehe man jetzt nichts als Panik und Pader in derselben Platz greifen. (Beifall.)

Frau Sumanu meint, daß die Frauen sich ebenfalls das Wahlrecht erkämpfen müßten, sie hätten heute dem Staat gegenüber dieselben Pflichten wie der Mann und auch dieselben Lasten zu tragen. (Beifall.)

H. Wabnitz bemerkt, daß die Arbeiterfrau doppelt so stark belastet sei, als der Mann, sie habe nicht nur tagsüber zu arbeiten, sondern müsse nach Feierabend noch die ganze Wäsche besorgen. Um die Frauenbewegung Deutschlands zusammen zu fassen, habe man beschlossen, eine Frauengewerkschaft ins Leben zu rufen. (Beifall.)

Als nächster Punkt stand dann wiederum die Strafgelder-Angelegenheit der Berliner Belvetfabrik, Köpenickerstraße, auf der Tagesordnung. Es war von dem Besizer derselben, Herrn Menges, ein Brief eingelaufen, in welchem er seine Bücher von einem verordneten Bücherrevisor durchsehen zu lassen sich bereit erklärt. Um aber Mißverständnissen von vornherein zu begegnen, so bemerkt er, diene zur Nachricht, daß die Verwaltung die Abzüge für zerbrosene Werkzeuge nicht als Strafgelder betrachtet habe. Sie habe dieselben als eine Entschädigung (!) für den dem Fabrikanten zugefügten Schaden (!) in Abzug gebracht, die anderen Strafgelder habe sie zu Unterhaltungs-Zwecken verwendet. Weiter erklärt sich der Herr Fabrikant bereit, zwei gemafregelte Arbeiterinnen, Frau Schroetinger und Frau Neisewitz, wieder einzustellen, wenn dieselben schriftlich darum bitten sollten, und sich schriftlich verpflichten würden, sich ferner von Umtrieben (!) fern zu halten. Einer Einladung, die Versammlung selbst zu besuchen, könne er nicht Folge geben, da dort Leute hinkämen, denen die Lust zum Landalmachen sehr am Herzen liege (!) und mit diesen könne er nicht diskutieren. (!) Ferner theilte er mit, daß die Direktion die anderen ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen vorläufig noch nicht in Arbeit nehmen könne. So war der Inhalt des Briefes des Herrn Fabrikbesizers Menges, welcher in der Versammlung einer ge-  
büßenden und sehr eingehenden Kritik unterzogen wurde und allgemeine Mißbilligung hervorrief. Frau Schroetinger, eine der Begünstigten, erklärt, sie würde zwar gerne die Arbeit wieder aufnehmen, doch nur unter der Bedingung, daß sie sich auch ferner an den öffentlichen Fragen theilnehmen könne. (Beifall.) Im Uebrigen erklärte sie es für unwichtig, daß die Strafgelder zu Unterhaltungen verwendet würden. Den Arbeitern, welche solche Unterhaltungen erhalten hätten, wären dieselben höchstens wieder abgezogen worden; das könne man also keine Unterhaltung nennen. (Zustimmung.) Es wurde beschlossen auf Anregung des Genossen Schmidt von einer Bücherrevision einfach Abstand zu nehmen, da dieselbe für die Arbeiter selbst doch von keinem Nutzen sein könne.

Eine Metallarbeiter-Versammlung fand am 16. Dezbr. statt, am einen Bericht des Herrn P. Litkin über die Arbeits-einstellung der Dreher der Fabrik von G. Fr. Wallmann, Blumenstraße 74, entgegenzunehmen. Redner führte aus: Die Kollegen werden sich wundern, daß kurz vor Weihnachten die Dreher dort die Arbeit einstellen. Man hat aber nicht anders handeln können; die Arbeits-einstellung ist erst nach reiflicher Ueberlegung erfolgt. Das Auftreten des Chefs, Herrn Bernstein, ist in der letzten Zeit zu arg gewesen. Er hatte eingeschrien, daß in den letzten fünf Wochen der Arbeitsmarkt mit beschäftigungslosen Kollegen überfüllt war, und geglaubt, den bei ihm beschäftigten Leuten Alles bieten zu können. Schon am Montag vor acht Tagen sind die Kollegen zusammgetreten, um zu berathschlagen, was dagegen zu thun sei. In Anbetracht der schlechten Geschäfts-lage kam man zu dem Entschluß, vorläufig der Sache ihren Gang gehen zu lassen. Da kam etwas anderes dazu. Der Meister, welcher den Schlüssel zum Arbeitsraum in der Hand hatte, kam in letzter Zeit immer später. Da es den Kollegen nun nicht einfallen konnte, sich des Morgens in der Kälte auf dem Hof hinzustellen und zu warten, richteten sie sich nach dem Kommen des Meisters und kamen ebenfalls später. Niemand kam pünktlich. Gegen Ende der vergangenen Woche ist der Chef eines Morgens um 7/7 Uhr auf dem Hofe und paßt auf, wer zu spät kommt. Die zu spät Kommenden wollte er entlassen. Dieses Schicksal traf die beiden zuletzt Angekommenen, darunter ihn, Redner.

Die anderen Kollegen beschloßen, für die Entlassenen einzutreten. — Man glaube noch, am Sonnabend würde der Chef die Entlassenen zurücknehmen. Man sah sich getäuscht; auf eine Annonce hin kamen eine Menge fremder Dreher anfragen. Am Sonnabend kam noch hinzu, daß die Kollegen das Singen, und als sie dies ließen, das ihnen erst erlaubte Sprechen und Erzählen verboten und wegen Verstoßes gegen das Verbot vier Kollegen entlassen wurden. Der Kollege Schrader, welcher als Vertrauensmann die Wünsche und Forderungen der Kollegen dem Chef vorzulegen gehabt, erbot sich, die Arbeitsstelle zu verlassen, wenn die anderen Kollegen weiter beschäftigt würden. Das ablehnende Verhalten des Chefs hatte zur Folge, daß die Dreher mit einigen Ausnahmen die Arbeit niederlegten. Redner beleuchtete nun noch das Verhalten des Chefs seinen Arbeitern gegenüber, sowie das Verhalten des Meisters Bernstein; der, wenn er ein energisch handelnder Mensch wäre, der ganzen Angelegenheit eine andere Wendung hätte geben können. Zum Schluß bemerkt Redner, daß die Ausständigen darauf verzichten, jemals wieder bei der Firma Wallmann anzufangen und fordert alle Kollegen auf, diese Fabrik zu meiden. (Beifall.) Es entwickelte sich hierauf eine lebhafteste Diskussion, an welcher sich die Herren Schrader, Adermann, Pawlowitsch, Frenzel, Weber Hartmann u. A. theilnahmen. Von sämtlichen Rednern wurde die Behandlung der Arbeiter und die technische Einrichtung in der Fabrik scharf kritisiert. Bedauerlich wurde, daß kein Vertreter der Firma in der Versammlung anwesend war, der Meister hatte versprochen zu kommen, war aber nicht erschienen. Herr Hartmann kann sich damit nicht einverstanden erklären, daß die Kollegen von Wallmann bei der jetzigen schlechten Geschäftslage die Arbeit niedergelegt haben. Seiner Meinung nach sind die Beschlüsse des Metallarbeiter-Kongresses in diesem Falle nicht respektiert worden. Litkin tritt dem entgegen. Man hätte nicht anders handeln können, auch sei kein Verstoß gegen die Kongreßbeschlüsse vorgekommen. Folgende Resolution wurde angenommen: Die heutige Versammlung erklärt das Vorgehen der Kollegen von Wallmann für gerechtfertigt und beschließt, die Angelegenheit zur weiteren Regelung dem „Allgemeinen Metallarbeiter-Verein“ zu überweisen.

Die freie Vereinigung der Hausarbeiter Berlins hielt am Sonntag, den 14. d. M., Vormittags 11 Uhr ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Stadtverordneten Herrn Friz Jubel über das Unterrichts-gesetz. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschickenes und Frageloses. Der Genosse Jubel am Erscheinen verhindert war, so war an seiner Stelle Genosse Friz Behrendt gekommen, sprach aber nicht über das Unterrichts-gesetz, sondern unter allgemeinem Beifall über das Verbrechen und seine Ursachen. Vorher hatte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Gustav Heim durch Erheben von den Mägen gelehrt. In der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion sprach nur Kollege Marasas im Sinne des Referenten. Hierauf wurde eine entsprechende Resolution angenommen. Zu Vereinsangelegenheiten wurde zuerst von dem Vorsitzenden Bericht über die Angelegenheiten erstattet, welche dem Vorstände zur Regelung überwiesen worden waren. Von Kollege Rosch wurde ein Antrag eingebracht, das Organ „Der Arbeiter“ obligatorisch einzuführen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Auf Grund dieses Beschlusses werden die monatlichen Beiträge vom Januar 1891 ab von 30 Pf. auf 50 Pf. erhöht und jedem Mitgliede das Organ frei ins Haus geschickt. Ein anderer Antrag (im Laufe dieses Monats eine Generalversammlung einzuberufen) um sämtliche Mitgliederadressen festzustellen, wurde ebenfalls angenommen. Ein Unterhaltungs-gesetz eines kranken Mitgliedes wurde nach einer lebhaften Debatte abgelehnt, dagegen ein zweites Gesetz mit 20 M. unter Vorbehalt der Recherche bewilligt. Der Generalkommission des letzten Gewerkschafts-Kongresses wurden 50 M. überwiesen. Zur Verbreitung des Jahrbuches wurden folgende Kollegen gewählt: für den Osten: F. Zellner, Andreasstraße 77 und H. Herbold, Thaurstr. 41; für den Südosten: G. Hampel, Reichensbergerstraße 117 und H. Reiger, Rannunstr. 65; für den Süd-West: E. Hankmann, Johastr. 6 und Darleib, Arnobstr. 39; für den Westen: F. Marasas, Steinmehlr. 65 und Tasche, Nollendorferstraße 6; für den Norden: B. Müller, Marienstraße 24, H. Schönberg, Weihenburgerstr. 37 und H. Besele, Pflanzstr. 29; für Nordost: D. Jaurisch, Bergstr. 2. Nächste regelmäßige Mitglieder-Versammlung am 11. Januar 1891.

Der Verein Berliner Hausdiener hielt am 10. Dezember eine außerordentliche Generalversammlung ab. Kollege Hamann führte zunächst aus, daß von einzelnen Kollegen der Gedanke laut geworden ist, daß durch die Einführung der Zeitung eine Verschmelzung herbeigeführt werden solle, Redner stellte dieses aber entschieden in Abrede und war dafür, daß wenn die Mitglieder das Abonnement und das Zustellungsporto tragen wollten, die Zeitung eingeführt werden möchte; Kollege Lange hatte eine Aufstellung des Kostenbetrages über die Zeitungsintrate, Säulen-anschlag und Kartendruck zur Überzeugung der Versammlungen gemacht und der Betrag stellte sich jährlich auf 422,45 M. Würden nun die Kosten durch die obligatorische Einführung der Zeitung von der Vereinskasse gedeckt werden, so läme ein Betrag von jährlich 1000 M. heraus. Kollege Heidenreich sprach sich entschieden dagegen aus, daß man den Mitgliedern noch mehr aufbürden wolle, da doch, wenn viele Sterbefälle vorliegen, ein jeder schon genug zu bezahlen hätte. Nachdem noch verschiedene Redner gegen die obligatorische Einführung der Zeitung gesprochen hatten, wurde über den Antrag Hamann abgestimmt und derselbe wurde gegen eine Stimme abgelehnt. Hierauf kam ein Antrag Herberg zur Verhandlung, dem Rentanten Herrn Runge eine Weihnachtsgratifikation von 50 M. zugewähren. Der wurde einstimmig angenommen. Nach kurzer Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige außerordentliche Generalversammlung des Vereins Berliner Hausdiener spricht ihr Bedauern darüber aus, daß der Herr Staatsanwalt Walte, als derselbe bei den Verhandlungen gegen ungetreue Hausdiener zu Gericht saß, den ganzen Stand der Hausdiener brandmarkte, indem er behauptete, in dem Stande der Hausdiener herrsche eine tiefgehende Korruption. Das Recht, ein solches Urtheil zu fällen, bestreiten wir dem Herrn Staatsanwalt. Sein Verurtheil ist es, die Schattenseiten des menschlichen Charakters an das Licht zu ziehen, sein Gerechtigkeits-sinn aber muß ihm zeigen, daß er es nur mit den Angeklagten und nicht mit dem Stande zu thun hat. Wir glauben, daß Niemand berechtigt ist, wegen einzelner ungetreuer Personen, welche wohl in jedem Beruf zu finden sind, einen ganzen Stand in Mitleidenschaft zu ziehen. Wir erklären, daß die Hausdiener, ob verheiratet oder nicht, anständige Bürger sind und wie jeder anderer Beruf ihren Stolz darin suchen, ehrenhafte Männer zu sein, und als solche protestieren wir gegen die Beschuldigung des Herrn Staatsanwalts.“

Es wurden nun die 21 Kollegen verlesen, die sich hatten einschreiben lassen, und der Vorsitzende hieß dieselben in dem Verein willkommen.

In der angefügten Pause kamen die Büllets zur Weihnachts-befahrung und zu dem am 8. Januar 1891 stattfindenden Maskenball zur Ausgabe. Den stillen Mitgliedern, welche sechs Monate dem Verein angehören, wurde ein Weihnachts-geschenk von 3 M., die länger dem Verein angehören, 5 M. bewilligt. Kollege Hüner machte bekannt, daß noch viele Kollegen ihre Kinder zur Weihnachtsbefahrung nicht angemeldet hätten, und forderte dieselben auf, spätestens bis Sonnabend den 13. Dezember dieses zu thun, da dieselben sonst nicht berücksichtigt werden könnten, weil die Weihnachts-einkäufe besorgt werden müssen.

Der Verband deutscher Zimmerleute, Volksverband Berlin, hielt am Montag, den 15. d. M., eine Versammlung ab.



